

Anlage 6.2

Hochwasserrückhaltebecken Gemeinde Ohlsbach

Artenschutz-Verträglichkeitsuntersuchung



November 2019

Antragstellerin:

Gemeinde Ohlsbach
Ortenaukreis

Planungsbüro:

Wald+Corbe Consulting GmbH
Am Hecklehamm 18
76549 Hügelsheim



Bearbeitung:

IUS - Institut für Umweltstudien
Weibel & Ness GmbH
Heidelberg • Potsdam • Kandel



Gemeinde Ohlsbach
Hauptstraße 33
77797 Ohlsbach

Ohlsbach, im November 2019

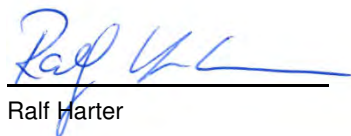


BM Bruder

Projektleitung: Ralf Harter, Dipl.- Ing. (FH) Landespflege

Bearbeitung: Simone Blumenkamp, M.Sc. Biodiversität & Ökologie
Walter Kretschmer, Dipl. Biologie
Katharina Vögtle, M.Sc. Biologie
Dana Deurer, Bauzeichnerin und akad. Geoinformatikerin

Heidelberg, im November 2019



Ralf Harter

Projekt-Nr.: 37103

IUS Weibel & Ness GmbH
Römerstraße 56
69115 Heidelberg
Telefon: (0 62 21) 1 38 30-0
Telefax: (0 62 21) 1 38 30-29
E-Mail: heidelberg@weibel-ness.de

Inhaltsverzeichnis

1	Anlass und Aufgabenstellung	1
2	Lage des Untersuchungsgebiets	4
3	Untersuchungsumfang und Methodik	6
3.1	Prüfungsinhalt des Fachgutachtens	6
3.1.1	Mögliche Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG	6
3.1.2	Maßnahmen, die das Eintreten von Verbotstatbeständen verhindern.....	7
3.2	Untersuchungsumfang	8
4	Vom Vorhaben potenziell betroffene Arten des Untersuchungsgebiets	9
4.1	Europäische Vogelarten	9
4.1.1	Gilde ungefährdeter Höhlen- und Nischenbrüter	10
4.1.2	Gilde ungefährdeter Gebüsch- und Baumbrüter.....	14
4.2	Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie	17
4.2.1	Haselmaus.....	17
4.2.2	Fledermäuse.....	22
4.2.3	Steinkrebs und Bachmuschel.....	25
4.2.4	Weitere Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie	26
5	Maßnahmen, mit denen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG vermieden werden.....	27
5.1	Vermeidungsmaßnahmen	27
5.1.1	Fäll- und Rodungszeitenbeschränkung (Maßnahme V3)	27
5.1.2	Besondere Berücksichtigung der Haselmaus bei der Baufeldräumung (Maßnahme V4)	27
5.1.3	Installation einer Krepssperre (Maßnahme V6)	29
5.1.4	Besondere Berücksichtigung von Steinkrebs und Bachmuschel bei der Baufeldräumung (Maßnahme V7)	31
5.2	Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)	32
5.2.1	Anbringung von Fledermauskästen (Maßnahme A3)	32
5.2.2	Anbringen von künstlichen Nisthilfen für höhlenbrütende Vogelarten (Maßnahme A4)	32
5.2.3	Anbringen von Haselmauskästen (Maßnahme A5)	33
6	Zusammenfassende Darstellung möglicher artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände und der Vermeidungs-/ CEF-Maßnahmen	34
6.1	Vorhabenbedingt potentiell betroffene Arten	34
6.2	Denkbare artenschutzrechtliche Verbotstatbestände.....	34
6.3	Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen	35
6.4	Fazit: Verbotstatbestände unter Berücksichtigung von Vermeidungs-/ CEF-Maßnahmen.....	35
7	Angaben zur artenschutzrechtlich veranlassten Erfolgskontrolle (Monitoring)	37
8	Zusammenfassung.....	38
9	Literatur.....	39

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersichtslageplan Standort HRB Ohlsbach.....	1
Abbildung 2: Geplantes HRB Ohlsbach (Wald+Corbe 2019)	2
Abbildung 3: Lage des Untersuchungsgebiets sowie der besonders geschützten Biotope und der Schutzgebiete im Umfeld des Vorhabens.....	5
Abbildung 4: Nachweise von Haselmäusen in den Tubes.....	18
Abbildung 5: Längsschnitt der Kребssperre (WALD+CORBE 2019)	30
Abbildung 6: Längsschnitt der Kребssperre (WALD+CORBE 2019)	30
Abbildung 7: Beispiel einer Kребssperre vergleichbarer Ausführung (Quelle: HLNUG 2017 © C. Chucholl)	31

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Brutvögel im Untersuchungsgebiet und dem unmittelbaren Umfeld mit Angabe des Gefährdungsstatus	9
Tabelle 2: Bundes- und landesweite Brutvogelbestände der vom Vorhaben betroffenen ungefährdeten Höhlen- und Nischenbrüter	10
Tabelle 3: Kurzcharakterisierung der Haselmaus.....	19
Tabelle 4: Nachgewiesene und potentiell vorkommende (grau hinterlegt) Fledermausarten	22
Tabelle 5: Durchführungsmonate und Abfolge der Maßnahmen V3 und V4.....	28
Tabelle 6: Artspezifische Nisthilfen für betroffene Höhlenbrüter.....	33
Tabelle 7: CEF-Maßnahmen	35

Anhang

Formblätter Artenschutz

1 Anlass und Aufgabenstellung

In Ohlsbach traten in jüngerer Vergangenheit Starkregen auf, die zu massiven Überflutungen in der Ortslage führten. Zu innerörtlichen Überflutungen kam es in Ohlsbach bereits bei Hochwasser (HW) -Ereignissen der Jahre 1978, 1980, 1983 und 2013. Die Häufigkeit, mit der in der Vergangenheit Überflutungen auftraten, weist auf einen unzureichenden Hochwasserschutz der Ortslage hin.

Auch die aktuellen Hochwassergefahrenkarten (HWGK) des Landes zeigen, dass in der Ortslage im HW-Fall mit Überschwemmungen zu rechnen ist.

Aufgrund der bestehenden Hochwassergefahr plant die Gemeinde Ohlsbach als Vorhaben-trägerin oberhalb der Ortslage Ohlsbach, im Bereich Hinterohlsbach/Meisengrund, den Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens zur Erreichung eines 100-jährlichen Hochwasserschutzes (siehe Abbildung 1).

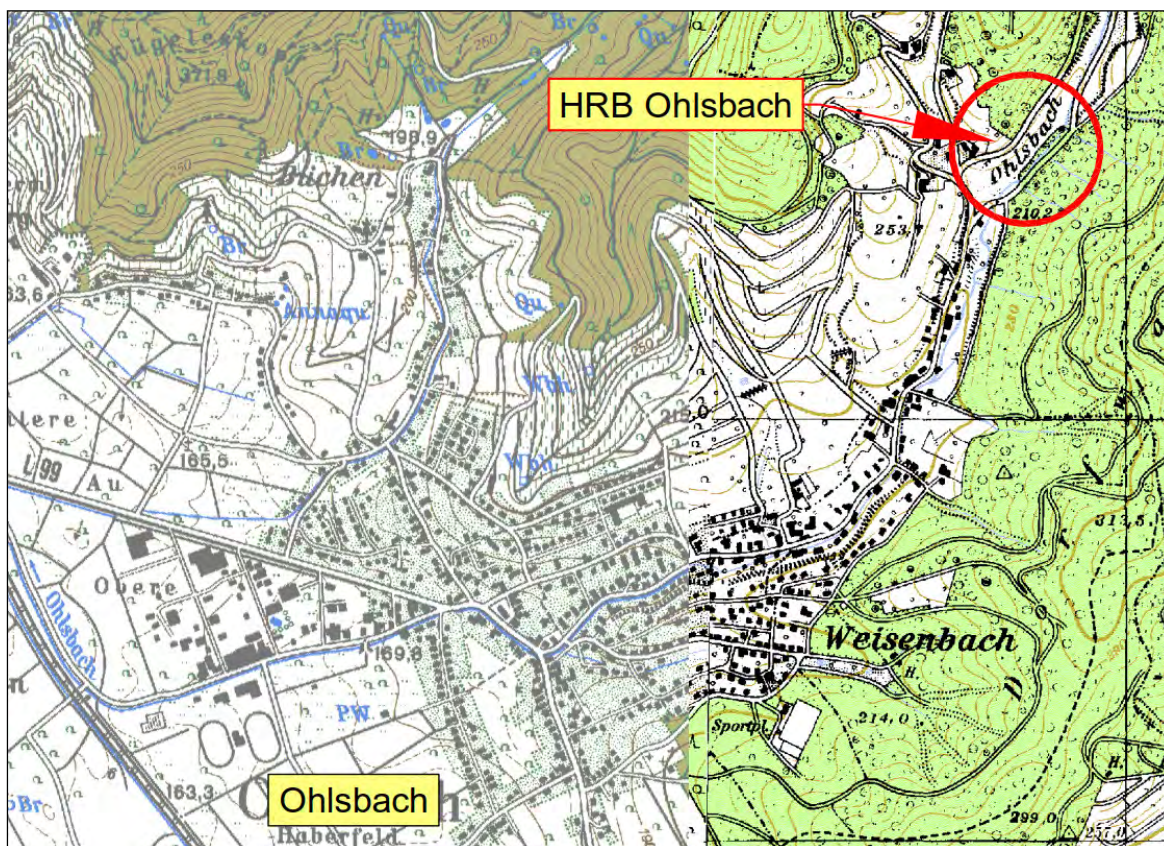


Abbildung 1: Übersichtslageplan Standort HRB Ohlsbach

Die Dammlänge beträgt ca. 80 m. Dabei soll insgesamt ein Stauraum von rd. 33.800 m³ und eine überstaute Fläche von bis zu 1,04 ha entstehen. Die Dammhöhe liegt bis zu 7,60 m oberhalb des Geländetiefpunkts.

Eine ausführliche Beschreibung des Vorhabens erfolgt im Rahmen des UVP-Berichtes (IUS 2019) bzw. im Erläuterungsbericht zur technischen Planung (WALD+CORBE (2019)).

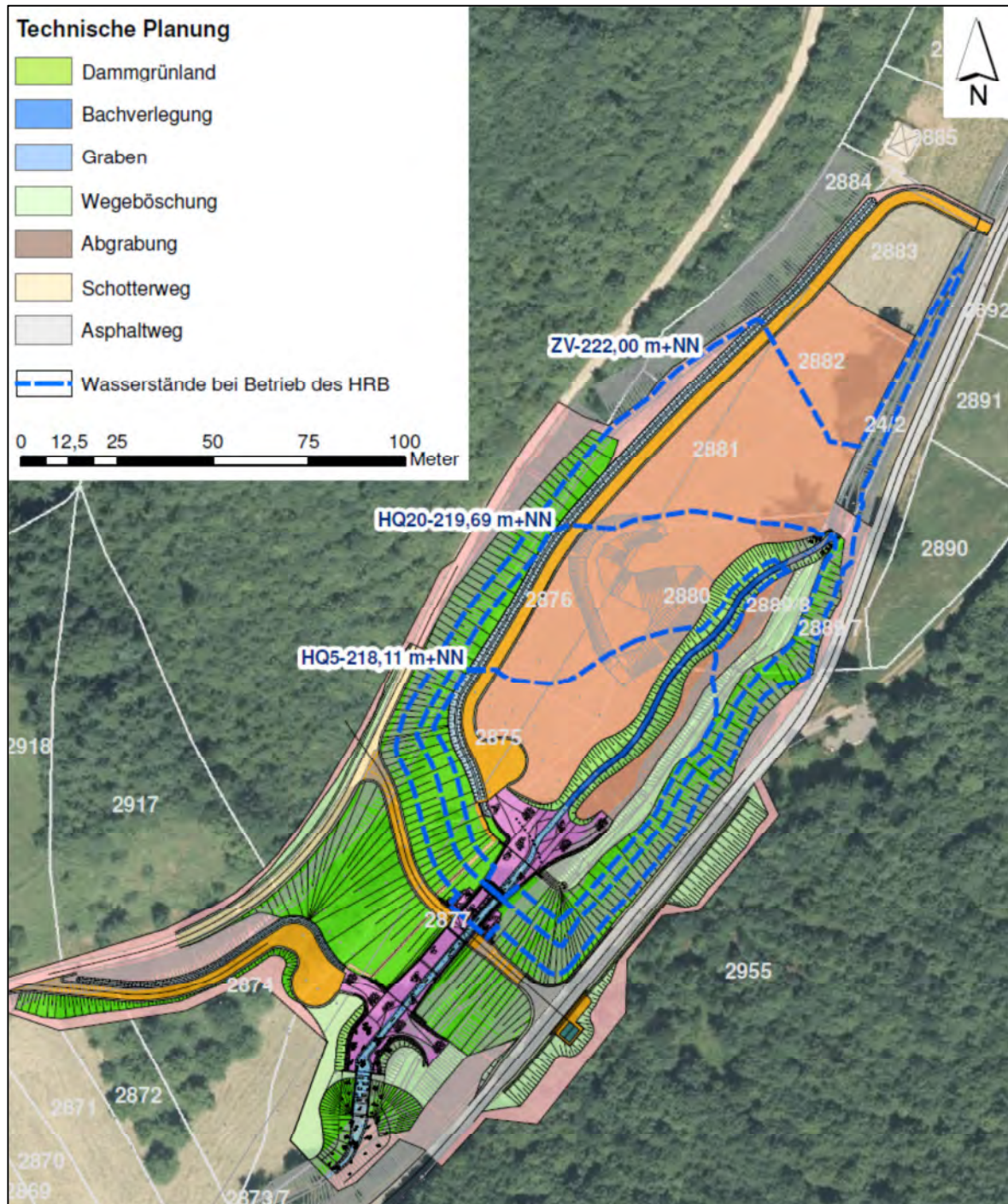


Abbildung 2: Geplantes HRB Ohlsbach (Wald+Corbe 2019)

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Errichtung des Hochwasserrückhaltebeckens ist eine Artenschutzverträglichkeitsprüfung nach § 44 BNatSchG notwendig. Dazu wurden die Bestände der relevanten Arten (Europäische Vogelarten, Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) im Untersuchungsraum dokumentiert, die potentiellen Verbotstatbestände nach § 44 (1) BNatSchG ermittelt und erforderliche Vermeidungs- sowie vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen beschrieben.

Im geplanten Rückhaltebecken und auf angrenzenden Flächen kommen europäisch geschützte Tierarten vor (Vögel, Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie). Das Vorhaben

führt zu Beeinträchtigungen europäisch geschützter Arten, die Verbotstatbeständen des § 44 (1) BNatSchG entsprechen, soweit nicht die Anforderungen von § 44 (5) erfüllt sind.

Nach § 44 (1) BNatSchG ist es u. a. verboten,

- wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten,
- wild lebende Tiere der streng geschützten Arten oder europäischer Vogelarten erheblich zu stören,
- Fortpflanzungs- oder Ruhestätten von wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten zu beschädigen oder zu zerstören.

Nach § 44 (5) BNatSchG stellen die Beschädigung/Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie die unvermeidbare Verletzung und Tötung von Individuen keine Tatbestände dar, sofern die ökologischen Funktionen der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt werden. Bei weit verbreiteten, anpassungsfähigen Arten kann davon ausgegangen werden, dass sie an andere Stellen ausweichen können und insofern die Anforderungen des § 44 (5) BNatSchG ohne weitergehende Maßnahmen erfüllt werden. Bei Arten, deren Erhaltungszustand aufgrund einer engen Bindung an seltene oder zurückgehende Biotope ungünstig ist (i.d.R. Arten der Roten Listen oder der Vorwarnlisten), können ggf. Ersatzlebensräume als Ausweichmöglichkeiten vor dem Eintreten der Beeinträchtigungen bereitgestellt und dadurch das Eintreten von Verbotstatbeständen auch bei diesen Arten vermieden werden (sogenannte CEF-Maßnahmen).

Sofern das Eintreten artenschutzrechtlicher Tatbestände nicht mit hinreichender Sicherheit vermieden werden kann, ist für das jeweilige Vorhaben eine Ausnahme nach § 45 (7) BNatSchG erforderlich. Sie setzt voraus, dass

- das Vorhaben im Interesse der maßgeblich günstigen Auswirkungen zulassungsfähig ist oder aus (anderen) zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses erforderlich ist (§ 45 Abs. 7 S. 1 Nrn. 4 u. 5 BNatSchG),
- keine zumutbaren Alternativen gegeben sind und
- sich der Erhaltungszustand der betroffenen Arten nicht verschlechtert.

Die Sicherung des Erhaltungszustands der Arten erfordert ggf. zielgerichtete Maßnahmen. An sie bestehen nicht die Anforderungen der zeitlichen Lückenlosigkeit und des räumlichen Verbundes.

2 Lage des Untersuchungsgebiets

Das östlich von Ohlsbach gelegene, rd. 9 ha große Untersuchungsgebiet¹ umfasst den Talbereich des Ohlsbach am geplanten Standort des HRB Ohlsbach (Dammaufstandsfläche und maximaler Einstaubereich) mit dem unmittelbaren Umfeld.

Naturräumlich zählt das Untersuchungsgebiet zum mittleren Schwarzwald.

Der überwiegende Teil des Untersuchungsgebiets besteht aus unterschiedlichen Wiesenbiotopen in der Talaue des Ohlsbachs. Dabei handelt es sich vor allem um Fettwiesen, kleinflächig auch um magere Wiesenbestände. Unterhalb des geplanten Dammstandortes befindet sich eine größere Streuobstwiese mit älteren Hochstamm-Obstbäumen. An den Talflanken stocken Wälder mit meist laubholzdominierten Mischbeständen. Der Ohlsbach ist mit einem gewässerbegleitendem Galerie-(Au-)wald bestanden. Talparallel verläuft die Straße nach Hinterohlsbach.

Unmittelbar westlich an den geplanten Beckenstandort angrenzend befindet sich das Landschaftsschutzgebiet Nr. 3.17.013 „Brandheck“.

Die nächstgelegene FFH-Gebiete (Flächen des FFH-Gebiets 7614341 „Mittlerer Schwarzwald zw. Gengenbach und Wolfach“ sowie des FFH-Gebiets 7713341 „Schwarzwald-Westrand von Herbolzheim bis Hohberg“) sind mehr als 4 km vom Vorhabenbereich entfernt. Das nächstgelegene EU-Vogelschutzgebiet (7415441 „Nordschwarzwald“) ist mehr als 5,5 km vom Vorhabenbereich entfernt. Naturschutzgebiete sind ebenfalls weiter als 5,5 km vom Vorhabenbereich entfernt.

Weiterhin befinden sich entsprechend der amtlichen Biotopkartierung vier geschützte Offenlandbiotope und ein geschütztes Biotop der Waldbiotopkartierung innerhalb des Untersuchungsgebiets.

Lage und Abgrenzung der Schutzgebiete sowie der besonders geschützten Biotope gemäß der amtlichen Biotopkartierung sind in Abbildung 3 dargestellt.

¹ bezogen auf das Schutzgut Pflanzen/Biotope und Tiere des UVP-Bericht (IUS 2019)

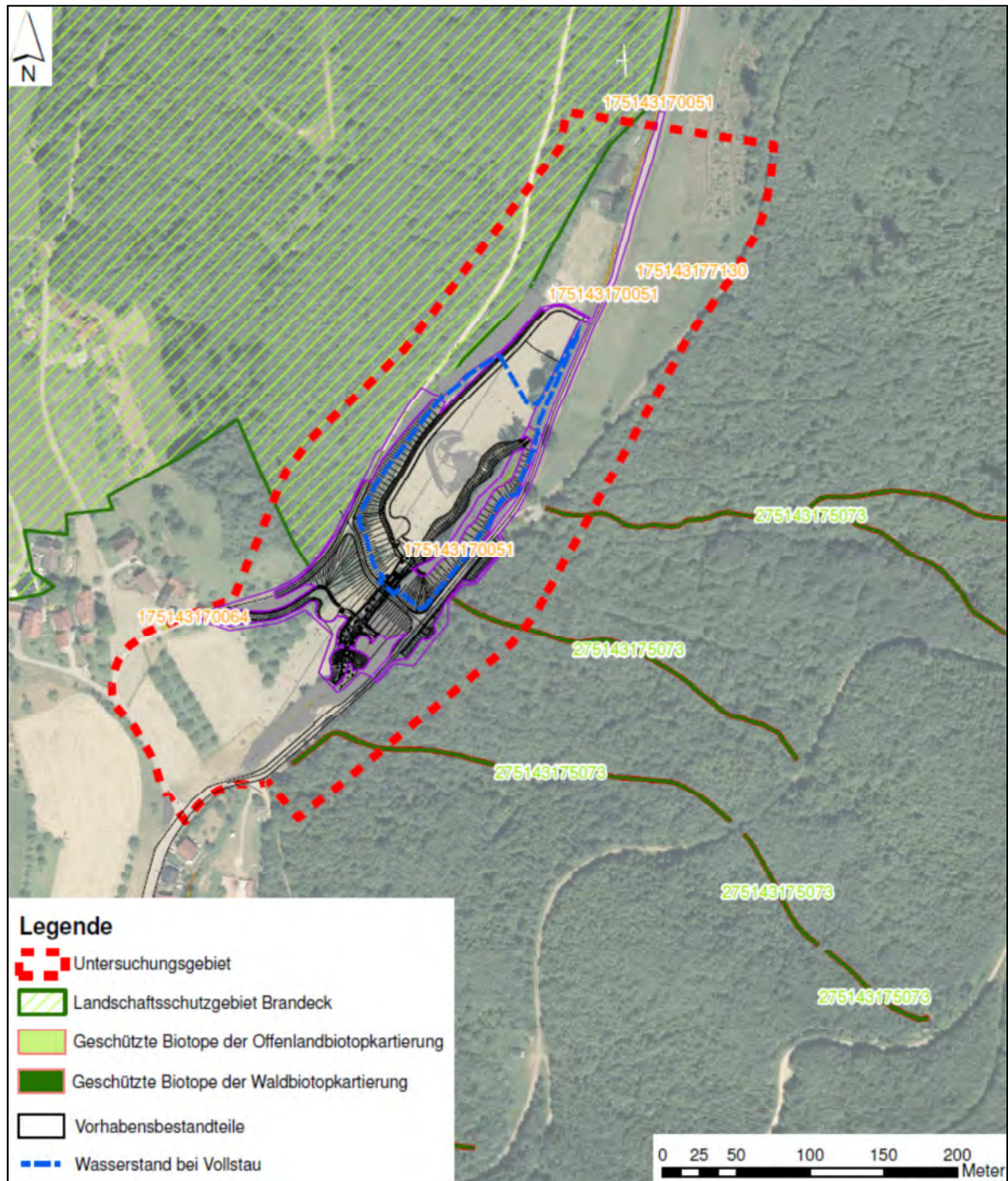


Abbildung 3: Lage des Untersuchungsgebiets sowie der besonders geschützten Biotope und der Schutzgebiete im Umfeld des Vorhabens.

3 Untersuchungsumfang und Methodik

3.1 Prüfungsinhalt des Fachgutachtens

Die gesetzlichen Anforderungen zum Artenschutz (schutzgebietsunabhängig) sind im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) geregelt. In §§ 44 ff. BNatSchG sind neben den artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen auch die diesbezüglichen europarechtlichen Vorgaben der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie) und der Richtlinie 79/409/EWG des Rates vom 2. April 1979 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (EU-Vogelschutzrichtlinie) enthalten.

Die erforderliche fachgutachterliche Beurteilung möglicher vorhabenbedingter artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände erfolgt nachfolgend in textlicher Darstellung.

Im Einzelnen wird untersucht:

- welche europäisch geschützten Arten im Untersuchungsgebiet vorkommen,
- ob diese Arten in Verbindung mit dem beantragten Vorhaben erheblich gestört, verletzt oder getötet werden können,
- welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Beeinträchtigungen, Störungen, Verletzungen oder Tötungen von europäisch geschützten Arten weitest möglich zu vermeiden oder zu mindern. In diesem Zusammenhang wird auch geprüft, ob CEF-Maßnahmen erforderlich bzw. möglich sind,
- ob trotz Realisierung der Vermeidungs-, Minderungs- und CEF-Maßnahmen noch artenschutzrechtliche Tatbestände verbleiben, die evtl. eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach § 45 BNatSchG erforderlich machen würden.

3.1.1 Mögliche Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG

Am geplanten Standort des HRB Ohlsbach und dessen Umfeld kommen Tiere der streng geschützten Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und europäische Vogelarten vor. Handlungen im Rahmen des Vorhabens können Verbotstatbeständen des § 44 Abs. 1 BNatSchG entsprechen. Diese möglichen Verbotstatbestände sind:

- **(Nr. 1) Verletzung oder Tötung von Tieren, Beschädigung oder Zerstörung von Entwicklungsformen:** Der Verbotstatbestand kann durch die Rodung der Vegetation eintreten. Dabei können Tiere in nicht fluchtfähigem Zustand getötet oder verletzt werden, z. B. Eier/Nestlinge von Vögeln. Auch bei einer Überstauung können diese Auswirkungen eintreten.
- **(Nr. 2) Erhebliche Störung von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten:** Störungen von Tieren an ihren Fortpflanzungs- und Ruhestätten können durch Beunruhigungen und Scheuchwirkungen z. B. infolge von Bewegung, Lärm oder Licht eintreten. Ebenso können Störungen durch Zerschneidungs- oder optische Wirkungen hervorgerufen werden. Sie können z. B. dazu führen, dass Brutvögel ihre Gelege aufgeben oder die Jungen nicht ausreichend versorgen. Eine erhebliche Störung liegt vor, wenn dadurch

die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang nicht mehr erfüllt wird.

- **(Nr. 3) Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten:**
Im Zuge der Überbauung und der Abgrabung, können Fortpflanzungs- und Ruhestätten z.B. bei der Beseitigung von Gehölzen verloren gehen. Weiter können im Hochwasserfall sich im Einstaubereich befindliche Fortpflanzungs- und Ruhestätten (z.B. Bäume oder Lebensräume bodenbewohnender Tiere) betroffen sein.

Im vorliegenden Fachgutachten wird Art für Art erläutert und begründet, ob Verbotstatbestände zutreffen bzw. warum deren Eintreten ausgeschlossen werden kann. Soweit notwendig, werden dieser Prognose Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) zugrunde gelegt.

3.1.2 Maßnahmen, die das Eintreten von Verbotstatbeständen verhindern

Das tatsächliche Eintreten der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG kann durch Vermeidungs- und/ oder CEF-Maßnahmen verhindert werden.

Vermeidungsmaßnahmen

Die Entstehung von Beeinträchtigungen wird durch technische Optimierungen am Vorhaben, bzw. der Beeinträchtigungsquelle oder durch die Optimierung der Standortwahl vermieden. Die Vermeidung von Beeinträchtigungen stellt eine grundsätzliche Anforderung im Artenschutz dar.

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)

Sind Verbotstatbestände durch Vermeidungsmaßnahmen nicht zu umgehen, werden CEF-Maßnahmen erforderlich. Dabei handelt es sich um vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen im Sinne von § 44 (5) BNatSchG, welche die ökologischen Funktionen der vom Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang wahren. Durch die Wahrung der Funktionen wird vermieden, dass die sie betreffenden Handlungen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände auslösen. Dementsprechend treten die Verbotstatbestände nicht ein und erfordern daher auch keine Ausnahme nach § 45 (7) BNatSchG.

Nach dem Endbericht zum Forschungs- und Entwicklungsvorhaben über die Rahmenbedingungen für die Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen müssen die CEF-Maßnahmen „im räumlichen Zusammenhang der unmittelbar betroffenen Individuengruppe oder der lokalen Individuengemeinschaft wirksam werden“ (RUNGE et al. 2010). Maßnahmen im Bereich anderer lokaler Individuengemeinschaften gelten demnach auch dann nicht als CEF-Maßnahmen, wenn die Individuengemeinschaft derselben lokalen Population angehört.

Essenziell ist außerdem die kontinuierliche Gewährleistung der Funktionalität betroffener Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Dies erfordert die vollständige Wirksamkeit der Maßnahme bereits zum Eingriffszeitpunkt sowie dauerhaft über diesen hinaus.

3.2 Untersuchungsumfang

Für die mit der Planung zusammenhängende artenschutzrechtliche Prüfung sind die Europäischen Vogelarten sowie die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie relevant. Im Rahmen der Erfassungen (Frühjahr und Sommer 2018) zur Erstellung der umweltplanerischen Unterlagen wurden neben den Biotoptypen folgende artenschutzrechtlich relevanten Tiergruppen oder Arten erfasst:

- Vögel
- Haselmaus
- Fledermäuse
- Reptilien
- Amphibien
- Fische
- Makrozoobenthos / Bachmuschel / Steinkrebs
- Schmetterlingsarten (Anhang IV der FFH-Richtlinie)

Ein Vorkommen weiterer Arten, die in den Anhangslisten IV der FFH-Richtlinie geführt werden (z. B. sonstige Säugetiere, Wirbellose), kann aufgrund der Lebensraumausstattung ausgeschlossen werden. Artenschutzrechtlich relevante Pflanzenarten wurden im Bereich des geplanten Rückhaltebeckens nicht nachgewiesen.

Durchführungszeitraum, -termine und Methodik der faunistischen Erfassungen sind in der Bestandsdarstellung zum UVP-Bericht (IUS 2019) dokumentiert.

4 Vom Vorhaben potenziell betroffene Arten des Untersuchungsgebiets

Nachfolgend werden die im Untersuchungsgebiet festgestellten gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (europäischen Vogelarten sowie Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) dargestellt. Für Arten, die innerhalb des Wirkungsbereichs des Vorhabens nachgewiesen wurden bzw. für die eine Nutzung der Fläche anzunehmen ist, wird eine artspezifische Wirkungsanalyse vorgenommen. Für die weiteren festgestellten, artenschutzrechtlich relevanten Arten kann eine vorhabenbedingte Betroffenheit aufgrund ihrer Nachweise außerhalb der Erweiterungsfläche bzw. ihrer Lebensraumansprüche sowie der vorhaben-spezifischen Wirkungen ausgeschlossen werden.

4.1 Europäische Vogelarten

Das vielfältig strukturierte Untersuchungsgebiet bietet durch seine gewässerbegleitenden Ufergehölze und den angrenzenden Gehölz- und Waldbeständen Teillebensräume für eine Vielzahl gehölzbrütender Vogelarten. Im Untersuchungsgebiet wurden insgesamt 21 Vogelarten nachgewiesen (s. Tabelle 1). Bis auf den Waldlaubsänger und den Haussperling sind alle Brutvögel häufige bzw. weitverbreitete und ungefährdete Arten.

Tabelle 1: Brutvögel im Untersuchungsgebiet und dem unmittelbaren Umfeld mit Angabe des Gefährdungsstatus

Art	RL D	RL BW	Anzahl Brutreviere
Amsel - <i>Turdus merula</i>	*	*	23
Bachstelze - <i>Motacilla alba</i>	*	*	1
Blaumeise - <i>Parus caeruleus</i>	*	*	4
Buchfink - <i>Fringilla coelebs</i>	*	*	5
Haussperling - <i>Passer domesticus</i>	V	V	8
Hausrotschwanz - <i>Phoenicurus ochruros</i>	*	*	4
Kohlmeise - <i>Parus major</i>	*	*	8
Kolkrabe - <i>Corvus corax</i>	*	*	1
Mönchsgrasmücke - <i>Sylvia atricapilla</i>	*	*	12
Ringeltaube - <i>Columba palumbus</i>	*	*	2
Rotkehlchen - <i>Erithacus rubecula</i>	*	*	3
Singdrossel - <i>Turdus philomelos</i>	*	*	7
Sommergoldhähnchen - <i>Regulus ignicapillus</i>	*	*	2
Schwanzmeise - <i>Aegithalos caudatus</i>	*	*	2
Sumpfmehse - <i>Poecile palustris</i>	*	*	1
Tannenmeise - <i>Parus ater</i>	*	*	1
Waldbaumläufer - <i>Certhia familiaris</i>	*	*	1
Wintergoldhähnchen - <i>Regulus regulus</i>	*	*	2
Waldlaubsänger - <i>Phylloscopus sibilatrix</i>	*	2	1
Zaunkönig - <i>Troglodytes troglodytes</i>	*	*	6
Zilpzalp - <i>Phylloscopus collybita</i>	*	*	4

Rote Liste D (GRÜNEBERG et al. 2015) und BW (BAUER et al. 2016): 1 - vom Aussterben bedroht; 2 - stark gefährdet; 3 - gefährdet; V - Vorwarnliste; * - ungefährdet.

Im Folgenden werden denkbare Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG aufgezeigt. Bei dem geplanten Vorhaben bestehen folgende Wirkfaktoren:

- Verluste von Revieren durch baubedingte Flächeninanspruchnahme
- baubedingte Störungen von Brutvögeln durch Lärm, optische Reize und Erschütterungen
- Zerstörung von Nestern und Tötung darin befindlicher Jungvögel und Eier beim Entfernen von Bäumen und Gebüsch

Eine grundsätzlich denkbare Betroffenheit kann für die folgenden Brutvogelarten angenommen werden:

- Gilde der ungefährdeten Höhlen- und Nischenbrüter (Blaumeise, Kohlmeise, Sumpfmehse, Tannenmeise)
- Gilde der ungefährdeten Freibrüter (Amsel, Mönchsgrasmücke, Rotkehlchen, Singdrossel, Wintergoldhähnchen und Zaunkönig)

4.1.1 Gilde ungefährdeter Höhlen- und Nischenbrüter

Die vom Bau des HRB Ohlsbach betroffenen Brutvogelarten, die ihre Nester in Höhlen und Nischen bauen, sind landes- und bundesweit ungefährdet. In der nachfolgenden Tabelle ist der bundes- und landesweite Brutbestand der betroffenen Arten dargestellt (SÜDBECK et al. 2007, GEDEON et al. 2014). Die Erhaltungszustände der ungefährdeten Höhlen- und Nischenbrüter sind günstig.

Tabelle 2: Bundes- und landesweite Brutvogelbestände der vom Vorhaben betroffenen ungefährdeten Höhlen- und Nischenbrüter

Art	Bestand Deutschland	Bestand Baden-Württemberg
Blaumeise	2.600.000 - 3.300.000	300.000 - 500.000
Kohlmeise	4.600.000 - 5.700.000	600.000 - 800.000
Sumpfmehse	34.000 - 480.000	83.000 - 100.000
Tannenmeise	1.250.000 - 1.800.000	200.000 - 250.000

Bestand Deutschland (SÜDBECK et al. 2007) und Bestand Baden-Württemberg (GEDEON et al. 2014): Angaben zum Brutbestand in D beziehen sich auf das Jahr 2005 bzw. in BW auf Zahlen aus den Jahren 2005-2009.

4.1.1.1 Charakterisierung der betroffenen Arten

Ökologische Kurzcharakterisierung der Arten

Im Folgenden werden die Lebensraumansprüche der ungefährdeten Brutvogelarten kurz wiedergeben:

- Blaumeise: kommt in allen Lebensräumen mit Baumbestand vor (insbesondere Laub- und Nadelwälder, Gehölze, Parks). Voraussetzung ist das Vorhandensein von Baumhöhlen; Nistkästen werden ebenfalls angenommen.

- Kohlmeise: kommt in allen Lebensräumen mit Baumbestand vor (insbesondere Laub- und Nadelwälder, Gehölze, Parks). Voraussetzung ist das Vorhandensein von Baumhöhlen; Nistkästen werden ebenfalls angenommen.
- Sumpfmeise: bevorzugt feuchte Laub- und Mischwälder. Sie ist auch in Parks, auf Friedhöfen und in Gärten mit älterem Baumbestand anzutreffen. Das natürliche Höhlenangebot ist ausschlaggebend. Nistkästen nimmt sie vergleichsweise selten an.
- Tannenmeise: bevorzugt Nadelwälder und nadelholzreiche Mischwälder. Neben Baumhöhlen nutzt sie auch Fels- und Erdhöhlen.

Fortpflanzungs- und Ruhestätten

Als Fortpflanzungsstätte gilt in erster Linie die Niststätte in Form von Baumhöhlen sowie die um das Nest befindliche Umgebung mit geeigneter struktureller Ausprägung. Die Baumhöhlen können in darauf folgenden Jahren wieder genutzt werden. Wegen der wiederkehrenden Nutzung als Brutstätte gelten die Baumhöhlen als Fortpflanzungs- und Ruhestätte im Sinne von § 44 (1) Nr. 3.

Artspezifische Empfindlichkeit gegenüber Vorhabenwirkungen

Über die unmittelbaren Lebensraumverluste durch Flächeninanspruchnahme hinausgehend zeigen die ungefährdeten Höhlenbrüter eine vergleichsweise geringe Empfindlichkeit gegenüber Schallimmissionen und Bewegungsunruhe. Sie kommen u. a. auch in Siedlungen vor. Die artspezifischen Fluchtdistanzen liegen bei diesen Arten in der Regel unter 10 m (GASSNER et al. 2010, FLADE 1994).

4.1.1.2 Lokale Individuengemeinschaft und lokale Population

Abgrenzung der lokalen Individuengemeinschaften und lokalen Populationen

Die ungefährdeten Höhlenbrüter kommen im Untersuchungsgebiet teilweise zahlreich vor. Die Blaumeise hat vier Brutreviere im Untersuchungsgebiet, davon eines im Baufeld des zu errichtenden Dammes. Von der Kohlmeise sind vier von acht Brutrevieren im Baufeld. Die Sumpfmeise und Tannenmeise haben ihr Revier jeweils im Baufeld.

Insgesamt gehen somit sieben Brutplätze von Höhlenbrütern (Blaumeise 1; Kohlmeise 4; Sumpfmeise 1; Tannenmeise 1) verloren.

Für folgende Arten wird wegen der weiten Verbreitung und der unspezifischen Habitatansprüche das gesamte Untersuchungsgebiet als lokale Individuengemeinschaft angesehen:

- Blaumeise
- Kohlmeise
- Sumpfmeise
- Tannenmeise

Die Vorkommen der verschiedenen Arten im Untersuchungsgebiet bilden jeweils eine lokale Individuengemeinschaft, welche wiederum Teil einer übergeordneten lokalen Population ist. Die lokalen Populationen setzen sich jeweils außerhalb des Untersuchungs-

gebiets fort, da auch in der Umgebung geeignete Lebensräume für die Arten vorhanden sind.

Erhaltungszustand der lokalen Population

Zustand der Populationen: „gut“ (B)

Aufgrund der größtenteils weiten Verbreitung im Untersuchungsgebiet, der wenig spezifischen Habitatansprüche sowie der bundes- und landesweit günstigen Erhaltungszustände wird davon ausgegangen, dass der Zustand der lokalen Populationen mindestens mit „gut“ (B) bewertet werden kann.

Habitatqualität: „hervorragend“ (A)

Die Lebensräume der behandelten Arten sind im Untersuchungsgebiet weit verbreitet.

Beeinträchtigungen: „gering bis keine“ (A)

Konkrete Beeinträchtigungen sind derzeit nicht erkennbar.

➔ **Gesamterhaltungszustand der lokalen Populationen:** mindestens „günstig“ (B)

4.1.1.3 Prognose und Bewertung der Schädigung und / oder Störung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (bau-, anlage- und betriebsbedingt)

Höhlenbewohnende Vögel können ohne Berücksichtigung von Vermeidungs- und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen grundsätzlich von den folgenden Handlungen betroffen sein, die Verbotstatbeständen des § 44 (1) BNatSchG entsprechen können:

- Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)
- Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren, Zerstörung von Entwicklungsformen (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)
- Erhebliche Störung von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten

Durch den Bau des HRB Ohlsbach sind insgesamt sieben Brutplätze von Höhlenbrütern anlagebedingt betroffen. Der Verlust von Brutplätzen ist nicht vermeidbar.

Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren, Zerstörung von Entwicklungsformen

Bei der Baufeldräumung kann es zur Tötung von Jungvögeln und/oder der Zerstörung von Entwicklungsformen in den Bruthöhlen kommen.

Im Zuge einer Überstauung ist das Risiko der Verletzung oder Tötung einzelner immobiler Individuen gegeben. Dieses vergleichsweise selten auftretende Ereignis führt jedoch nicht zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos. Gegenüber den natürlichen Verlusten aufgrund von Beutegreifern, Witterungseinflüssen oder sonstigen äußeren Einflüssen, ist der mögliche betriebsbedingte Verlust von Gelegen oder Jungvögeln nicht signifikant erhöht. Darüber hinaus kann i.d.R. der Verlust eines Geleges durch Ersatz- und Zweitbruten ausgeglichen werden.

Erhebliche Störung von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten

Es ist nicht zu erwarten, dass die ungefährdeten Höhlenbrüter während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten von dem Vorhaben erheblich gestört werden.

Die geringe Spezialisierung sowie die zahlreichen geeigneten Lebensräume führen dazu, dass die lokalen Populationen räumlich sehr großflächig abgegrenzt werden können. Vorhabenbedingte Störungen betreffen daher nur geringe Anteile der lokalen Populationen. Die Arten dieser Gilde gelten außerdem als wenig störanfällig, mit einer zumeist geringen Fluchtdistanz von unter 10 m (GASSNER et al. 2010).

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen und damit die Erfüllung des Verbotstatbestandes der erheblichen Störung, kann daher ausgeschlossen werden.

4.1.1.4 Erforderliche Vermeidungs- / CEF-Maßnahmen

Zur Sicherung der ökologischen Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang sowie der Vermeidung des Tötungstatbestands werden folgende Vermeidungs- und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) durchgeführt:

- Fäll- und Rodungszeitenbeschränkung (Maßnahme V3)
- Ausbringung von künstlichen Nisthilfen für Höhlenbrüter (Maßnahme A4)

Im Kapitel 5.1 sowie im Teil LBP des UVP-Berichts sind die Maßnahmen detailliert beschrieben.

4.1.1.5 Fazit: Prognose der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Die ökologische Funktion wird im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen nicht gewahrt. Ein Ausweichen in unbeeinträchtigte Bereiche kann nicht vorausgesetzt werden, da Höhlenbrüter auf vorhandene Nistmöglichkeiten (meist Baumhöhlen) zur Nestanlage angewiesen sind. Diese stehen nicht überall zur Verfügung bzw. sind durch konkurrierende Arten und Artgenossen besetzt.

Durch die anlagen- und baubedingten Gehölzfällungen im geplanten Rückhaltebecken, werden Fortpflanzungs- und Ruhestätten ungefährdeter Höhlenbrüter zerstört. Das Eintreten des einschlägigen Verbotstatbestands wird jedoch durch das Ausbringen von Nisthilfen vermieden. Die betroffenen Brutpaare können ohne Beeinträchtigung in die durch Nisthilfen aufgewerteten Gehölzbestände und Gewässerabschnitte ausweichen. Die Anforderungen von § 44 Abs. 5 BNatSchG werden erfüllt, da die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten durch die Maßnahme erhalten bleibt. Langfristig wird die ökologische Funktion durch die Pflanzung eines gewässerbegleitenden Auwalds, die Anlage einer Streuobstwiese sowie die Schutz- und Gestaltungsmaßnahmen im Wald (Maßnahmen A1, A2, K1, K2) gewährleistet.

4.1.2 Gilde ungefährdeter Gebüsch- und Baumbrüter

Die sonstigen betroffenen Brutvogelarten Amsel, Mönchsgrasmücke, Rotkehlchen, Singdrossel, Wintergoldhähnchen und Zaunkönig, die ihre Nester in Bäumen und Sträuchern sowie auf dem Boden anlegen, sind landes- und bundesweit ungefährdet.

4.1.2.1 Charakterisierung der betroffenen Gilde

Ökologische Kurzcharakterisierung der Gilde

Gebüsch- und Baumbrüter bauen ihre Nester frei, ohne Bedarf an Strukturen wie Höhlen oder Nischen. Sie brüten meist in Hecken, Bäumen und Sträuchern, weshalb Gehölzbestände für sie von besonderer Bedeutung sind. Wichtig sind Auflagemöglichkeiten für die Nester und ein gewisser Deckungsgrad durch Laub.

Die genannten Arten sind in Deutschland und Baden-Württemberg weit verbreitet, besiedeln eine Vielzahl verschiedener Habitats und stellen geringe Ansprüche an ihren Lebensraum. Man findet die nachgewiesenen Gebüsch- und Baumbrüter in Wäldern, Waldrändern, Gehölzen und Hecken, aber auch in Parks und Siedlungen.

Fortpflanzungs- und Ruhestätten

Die Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Gebüsch- und Baumbrüter bestehen insbesondere aus dem Nest, dem nesttragenden Baum oder Strauch sowie dessen unmittelbarer Umgebung, welche aus Sträuchern und Bäumen bestehen kann und einen gewissen Schutz vor äußeren Einflüssen bietet (z. B. Witterung, Feinde).

Die Nester werden üblicherweise alljährlich neu gebaut; eine erneute Nutzung in Folgejahren ist selten. Der gesetzliche Schutz der Fortpflanzungsstätte endet nach Beendigung des Brutgeschäftes wenn die Lebensstätte nicht mehr genutzt wird und somit ihre Funktion verliert.

Aufgrund der geringen Reviergrößen der Gebüsch- und Baumbrüter werden die Revierzentren als Fortpflanzungsstätten abgegrenzt. Die Brutreviere werden wiederkehrend genutzt und von den Vögeln aktiv verteidigt. Während der Fortpflanzungszeit sind Ruhestätte und Fortpflanzungsstätte gleichzusetzen; darüber hinaus sind die Ruhestätten einzelner, unverpaarter Tiere nicht konkret abgrenzbar.

Artspezifische Empfindlichkeiten gegenüber Vorhabenwirkungen

Über die unmittelbaren Lebensraumverluste durch Flächeninanspruchnahme hinausgehend zeigen die ungefährdeten Gebüsch- und Baumbrüter eine vergleichsweise geringe Empfindlichkeit gegenüber Schallimmissionen und Bewegungsunruhe. Sie kommen u. a. auch in Siedlungen vor. Die artspezifischen Fluchtdistanzen liegen bei diesen Arten in der Regel unter 10 m (GASSNER et al. 2010, FLADE 1994).

4.1.2.2 Lokale Individuengemeinschaft und lokale Population

Abgrenzung der lokalen Individuengemeinschaften und lokalen Populationen

Die ungefährdeten Gebüsch- und Baumbrüter kommen im Untersuchungsgebiet teilweise zahlreich vor.

Die Vorkommen der verschiedenen Arten im Untersuchungsgebiet bilden jeweils eine lokale Individuengemeinschaft, welche wiederum Teil einer übergeordneten lokalen Population ist. Die lokalen Populationen setzen sich jeweils außerhalb des Untersuchungsgebiets fort, da auch in der Umgebung geeignete Lebensräume für die Arten vorhanden sind. Bezugsraum der lokalen Populationen ist der Naturraum (mittlerer Schwarzwald).

Erhaltungszustand der lokalen Populationen

Zustand der Populationen: „günstig“ (B)

Aufgrund der größtenteils weiten Verbreitung im Untersuchungsgebiet, der wenig spezifischen Habitatsprüche sowie der bundes- und landesweit günstigen Erhaltungszustände wird davon ausgegangen, dass der Zustand der lokalen Populationen mindestens mit „günstig“ (B) bewertet werden kann.

Habitatqualität: „günstig“ (B)

Die bevorzugten Lebensräume der nachgewiesenen Arten sind im Untersuchungsgebiet weit verbreitet.

Beeinträchtigungen: „gering bis keine“ (A)

Beeinträchtigungen sind derzeit nicht erkennbar.

➔ Gesamterhaltungszustand der lokalen Populationen: „günstig“ (B)

4.1.2.3 Prognose und Bewertung der Schädigung und / oder Störung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (bau-, anlage- und betriebsbedingt)

Die freibrütenden Vogelarten können ohne Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen grundsätzlich von den folgenden Handlungen betroffen sein, die Verbotstatbeständen des § 44 (1) BNatSchG entsprechen können:

- Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)
- Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren, Zerstörung von Entwicklungsformen (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)
- Erhebliche Störung von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten

Durch die Rodung im Zuge der Dammerichtung und der Bachverlegung können einzelne, als Fortpflanzungs- und Ruhestätten genutzte Strukturen verloren gehen. Da die Nester i.d.R. jährlich neu gebaut werden, entfällt die Funktion der Fortpflanzungsstätte nach Aufgabe des Nests im Spätsommer. Bei Rodung zu den gesetzlichen Rodungszeiten tritt diese Auswirkung daher nicht auf.

Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren, Zerstörung von Entwicklungsformen

Bei der Baufeldräumung kann es zur Tötung von Jungvögeln und/oder der Zerstörung von Entwicklungsformen in den Nestern kommen.

Im Zuge einer Überstauung ist das Risiko der Verletzung oder Tötung einzelner immobiler Individuen gegeben. Dieses vergleichsweise selten auftretende Ereignis führt jedoch nicht zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos. Gegenüber den natürlichen Verlusten aufgrund von Beutegreifern, Witterungseinflüssen oder sonstigen äußeren Einflüssen, ist der mögliche betriebsbedingte Verlust von Gelegen oder Jungvögeln nicht signifikant erhöht. Darüber hinaus kann i.d.R. der Verlust eines Geleges durch Ersatz- und Zweitbruten ausgeglichen werden.

Erhebliche Störung von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten

Es ist nicht zu erwarten, dass die ungefährdeten Gebüsch- und Baumbrüter während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten von dem Vorhaben erheblich gestört werden.

Die geringe Spezialisierung sowie die zahlreichen geeigneten Lebensräume führen dazu, dass die lokalen Populationen räumlich sehr großflächig abgegrenzt werden können. Vorhabenbedingte Störungen betreffen daher nur geringe Anteile der lokalen Populationen. Die Arten dieser Gilde gelten außerdem als wenig störanfällig, mit einer zumeist geringen Fluchtdistanz von unter 10 m (GASSNER et al. 2010).

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen und damit die Erfüllung des Verbotstatbestandes der erheblichen Störung, kann daher ausgeschlossen werden.

4.1.2.4 Erforderliche Vermeidungsmaßnahmen

Zur Vermeidung der Tötung wird folgende Vermeidungsmaßnahme durchgeführt:

- Fäll- und Rodungszeitenbeschränkung (Maßnahme V3)

In Kapitel 5.1.1 sowie im LBP ist die Maßnahme detailliert beschrieben.

4.1.2.5 Fazit: Prognose der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Für die Tatbestände „Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten“ kann für alle nicht bestandsbedrohten Arten vom Zutreffen der sogenannten Legalausnahme nach § 44 (5) Satz 2 ausgegangen werden, da die ökologischen Funktionen der vom Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt werden. Eine Tötung oder Verletzung ungefährdeter Gebüsch- und Baumbrüter i. S. v. § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG wird durch Regelungen der Rodungszeit vermieden. Der Verlust von Gelegen während eines Hochwasser-Einstaus wird i.d.R. durch Ersatz- oder Zweitbruten ausgeglichen, sodass kein signifikantes Verletzungs- oder Tötungsrisiko besteht. Erhebliche Störungen der störungsunempfindlichen Arten sind vorhabenbedingt nicht zu erwarten. Vorhabenbedingt treten somit keine Verbotstatbestände im Sinne des § 44 BNatSchG Abs. 1 ein.

Die Pflanzung eines gewässerbegleitenden Auwalds, die Anlage einer Streuobstwiese sowie die Schutz- und Gestaltungsmaßnahmen im Wald (Maßnahmen A1, A2, K1, K2) werden sich auf die ungefährdeten Gebüsch- und Baumbrütern positiv auswirken.

4.2 Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie

Die Nachweise der artenschutzrechtlich relevanten Arten (Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und europäische Vogelarten) im Untersuchungsgebiet sind in Karte 3 sowie in Abbildung 4 dargestellt. Ausführliche Angaben zum Bestand aller nachgewiesenen Arten finden sich in den Bestandskapiteln zum UVP-Bericht (IUS 2019).

Vom Vorhaben betroffen sind folgende Arten bzw. Artengruppen des Anhang IV der FFH-Richtlinie:

Haselmaus

Fledermäuse

- Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*)
- Artenpaar Kleine Bartfledermaus (*Myotis mystacinus*)/ Brandtfledermaus (*Myotis brandtii*)

Hinweise auf Vorkommen (ohne eindeutige Rufe):

- Wasserfledermaus (*Myotis daubentonii*)
- Bechsteinfledermaus (*Myotis bechsteinii*)

4.2.1 Haselmaus

Im Untersuchungsgebiet wurden insgesamt in zehn von 50 ausgebrachten Tubes Nachweise der Haselmaus erbracht ((vgl. Abbildung 4).

Im Untersuchungsgebiet wurde die Haselmaus im östlichen Ahorn- (Tubes Nr. 8, 12 und 13) und Mischwald (Tubes Nr. 1, 2 und 5) nachgewiesen. In einer Baumgruppe im östlichen Randbereich des Untersuchungsgebietes wurde ebenfalls ein Nest aufgefunden (Tube 19). Des Weiteren konnte eine adulte Haselmaus im Bereich des Waldbestandes entlang des Ohlsbachs (Tube Nr. 29) nachgewiesen werden. Ein Nest wurde nicht angelegt. Zudem gab es zwei Nest-Nachweise an der nordwestlichen Talseite (Tube Nr. 45 und 47) in laubbaumdominierten Mischwäldern mit stellenweise strauchreichem Unterwuchs.

Tube Nr. 13 in welchem im August 2018 ein Nest nachgewiesen wurde, war bei den Kontrollen im September und November 2018 nicht mehr auffindbar.

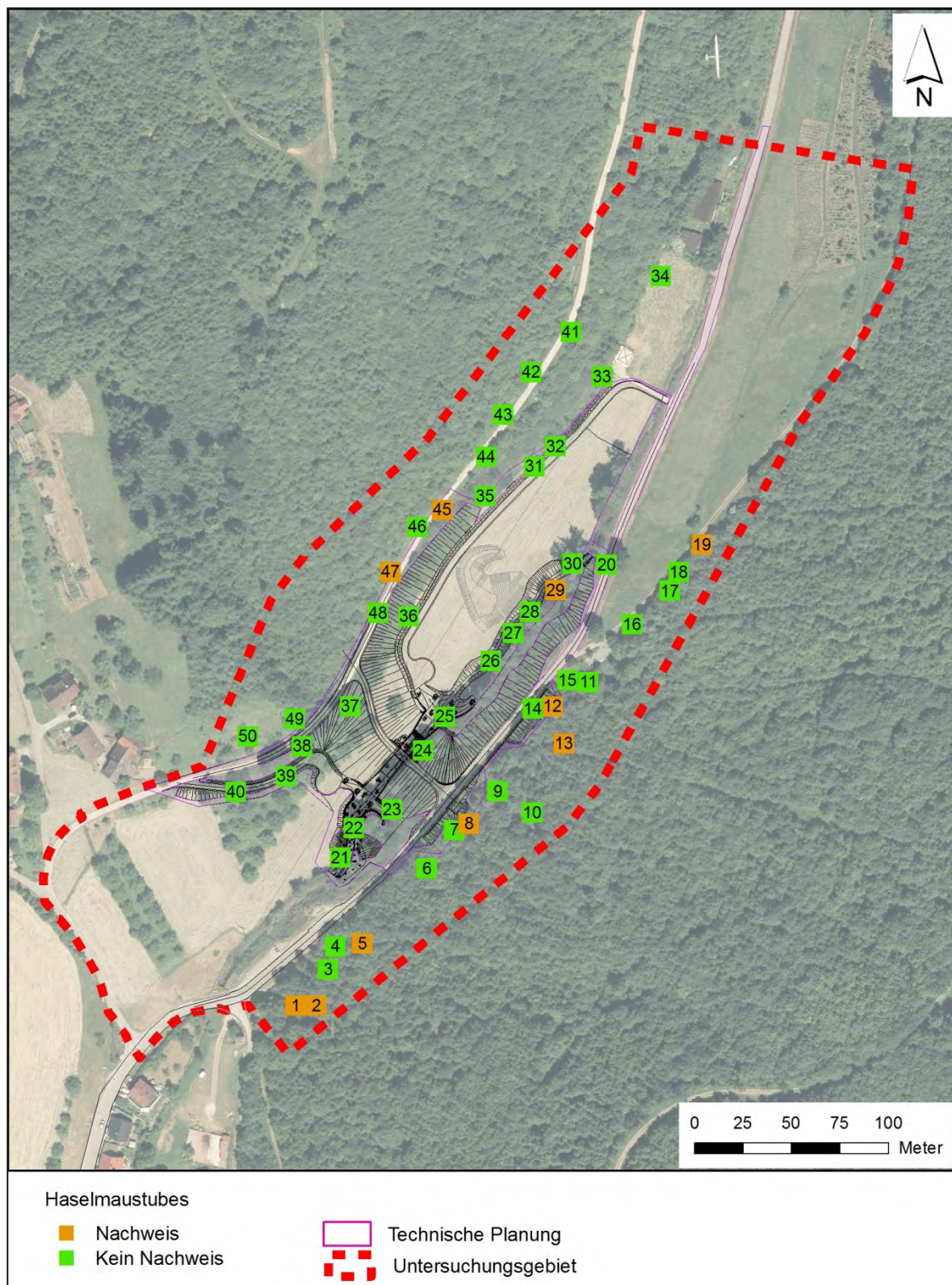


Abbildung 4: Nachweise von Haselmäusen in den Tubes

4.2.1.1 Lebensraumansprüche und Empfindlichkeiten der Haselmaus

Lebensraumansprüche und Verhaltensweisen

In der nachfolgenden Übersicht werden Angaben zu den Lebensraumansprüchen und der Verhaltensweise der Haselmaus zusammengefasst.

Tabelle 3: Kurzcharakterisierung der Haselmaus

Lebensraum:	Wälder aller Art einschließlich Nadelbaum-Bestände, bevorzugt aber strauchreiche lichte Laubwälder sowie gehölz-/gestrüppgeprägte Sukzessionsstadien z.B. auf Windwurfflächen; ferner dichte Gehölzbestände im Offenland Die kritische Mindestgröße für stabile Vorkommen liegt bei 20 ha.
Siedlungsdichte	Die Angaben reichen von 0,1-10 Exemplare/ha (JUSKAITIS 2008). Einzelne Angaben sind: <ul style="list-style-type: none"> • 0,12 Exemplare/ha in Nordmähren (STORCH 1978) • 7 Exemplare/ha in Schweden (BERG & BERG 1999) • 8 Exemplare/ha in besonders günstigen Habitaten (BRIGHT & MORRIS 1996) Mittlere Aktionsräume von Männchen bis rund 0,7 ha, für Weibchen bis rund 0,25 ha. Selten > 1 ha.
Aktionsradius:	Wenige 100 m, meist < 100 m, ausgeprägte Ortstreue
Dispersionsverhalten:	Den Familienverband verlassende Jungtiere wandern durchschnittlich 360 m weit ab. Einzelne Exemplare wandern bis über 3 km weit (vermutlich Ausnahmefälle). Wegen der hauptsächlich Fortbewegung auf Bäumen und Sträuchern bilden Offenland sowie Straßen und Wege ohne zusammenhängende Überschirmung durch Baumkronen trennende Strukturen. Großflächiges gehölzarmes Offenland sowie Gewässer und Verkehrsstrecken ohne Überschirmung durch Baumkronen stellen Barrieren dar (Grünland wird überquert, dies kommt aber nur selten vor).
Aktivitätsperiode	Die Hauptaktivitätsphase der Haselmaus erstreckt sich von April bis Oktober. Von Oktober bis April hält sie Winterschlaf; entscheidender Faktor hierfür ist die Temperatur: das Einschlafen bzw. Erwachen erfolgt zwischen 0 und 9°C, im Mittel bei 3 bis 5°C. Die Geschlechtsreife der Haselmaus tritt zumeist nach Beendigung des ersten Winterschlafs ein. Paarungen erfolgen über den gesamten Sommer. Die Tragzeit beträgt zwischen 22 und 24 Tagen, der Familienverbund löst sich nach weiteren 40 Tagen auf. Im Schnitt besteht ein Wurf aus drei bis fünf Jungtieren, ein Weibchen wirft während der Aktivitätszeit in der Regel zwei, manchmal auch drei Mal.

Fortpflanzungs- und Ruhestätten

Als Fortpflanzungsstätten sind nach RUNGE et al. (2010) die während der Fortpflanzungszeit von Weibchen genutzten Nester mit zugehörigem Revier von etwa 30 m Radius anzusehen. Ruhestätten sind alle genutzten Haselmausnester einschließlich der für ihre Funktionsfähigkeit essentiellen Umgebung mit einem Radius von rund 20 m.

In der Praxis ist es nicht möglich, die Fortpflanzungsstätten auch nur annähernd vollständig aufzufinden. Damit ist es faktisch auch nicht möglich, durch Nestersuche ihre Anzahl festzustellen.

Die versteckt angelegten Winternester sind in der Praxis nicht nachweisbar; eine hierzu erforderliche intensive Nachsuche würde bei außerordentlich geringen Erfolgsaussichten ein hohes Risiko der unbeabsichtigten Zerstörung von Nestern und der Tötung überwinternder Haselmäuse bergen. Nach RUNGE et al. (2010) sind daher bezüglich der Winternester die für Haselmäuse besiedelbaren Bereiche in ihrer Gesamtheit als Ruhestätte zu werten. Die Anzahl der die Winternester nutzenden Individuen wird aus der Siedlungsdichte hergeleitet.

Artspezifische Empfindlichkeiten gegenüber Vorhabenwirkungen

Neben den Auswirkungen des Quartier- und Verbundstrukturverlusts in Folge der Baumfällungen, sind gegenüber Schallimmissionen und Bewegungsunruhe keine weiteren artspezifischen Empfindlichkeiten anzunehmen.

4.2.1.2 Lokale Individuengemeinschaft und lokale Populationen

Pragmatisch können die Vorkommen der Haselmaus im Untersuchungsgebiet mit dem Bereich der jeweiligen lokalen Populationen gleichgesetzt, wobei davon auszugehen ist, dass diese sich weit über die Grenzen des Untersuchungsgebiets hinaus fortsetzt.

Erhaltungszustand der lokalen Population

Die Bewertung des Erhaltungszustandes der lokalen Population wird nach den Kriterien von PAN & ILÖK (2010) vorgenommen. Demnach wird der Erhaltungszustand der lokalen Populationen als „gut“ eingestuft.

Zustand der Population: gut

In den 50 ausgebrachten Tubes wurden zehn Haselmausnachweise erbracht. Da eine Haselmaus im Laufe des Aktivitätszeitraumes mehrere Nester anlegen kann und die gefundenen Nester tlw. eine enge räumliche Nähe aufwiesen wird nicht davon ausgegangen, dass jedes Nest von einem anderen Individuum gebaut wurde. Demnach wird das Kriterium als gut (4-10 Nester) eingestuft.

Habitatqualität: insgesamt „gut“

- Größe unzerschnittener Waldgebiete und angrenzender Gehölzstrukturen: Das Areal der lokalen Population zeichnet sich durch umfangreiche unzerschnittene Waldgebiete aus, teils mit großer Ausdehnung (Forstwege, die vollständig oder auf weiten Strecken von Bäumen überschirmt werden, werden nicht als Zerschneidung eingestuft). Der Parameter ist als „hervorragend“ einzustufen.
- Deckungswert der Strauchschicht: Das Areal der lokalen Population zeichnet sich durch die an den geplanten Beckenstandort angrenzende Waldbestände mit strauchartiger Vegetation aus. Die durchforsteten Bestände weisen z.T. eine dichte Strauchschicht auf. Das Kriterium ist insgesamt als „gut“ einzustufen.
- Angebot an Höhlenbäumen: Höhlenbäume sind im Untersuchungsgebiet nur vergleichsweise wenige vorhanden. Das Kriterium wird mit „mittel bis schlecht“ bewertet.

- Anteil von Nektar, Pollen und fettreichen Samen produzierenden Gehölzen: In den angrenzenden Waldflächen sind z.B. Trauben-Holunder, Haselnuss, Brombeeren und Himbeeren verbreitet. Das Kriterium wird als „gut“ eingestuft.

Beeinträchtigungen: insgesamt „mittel“

- Forstliche Maßnahmen: Forstliche Maßnahmen werden regelmäßig in den Wäldern vorgenommen. Sie stellen zwar eine Beeinträchtigung dar, sorgen jedoch auch dafür, dass besonders günstige Lebensräume für die Haselmaus entstehen. Daher wird das Kriterium als „mittel“ beurteilt.
- Zersiedlung/Zerschneidung der Lebensräume: Zwar wird das Areal der lokalen Population von einer Straße und Forstwegen durchquert, die eine gewisse Trennwirkung ausüben. Sie stellen aber keine unüberwindbaren Barrieren dar, da zumindest an einigen Stellen eine vollständige Überschirmung durch Bäume besteht. Daher wird das Kriterium als „mittel“ beurteilt.

→ **Gesamterhaltungszustand der lokalen Populationen:** „gut“

4.2.1.3 Prognose und Bewertung der Schädigung und / oder Störung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (bau-, anlage- und betriebsbedingt)

Die Haselmaus kann ohne die Berücksichtigung von Vermeidungs- und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen grundsätzlich von den folgenden Handlungen betroffen sein, die Verbotstatbeständen des § 44 (1) BNatSchG entsprechen können:

- Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)
- Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren, Zerstörung von Entwicklungsformen (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten

Die zum Bau des Hochwasserrückhaltebeckens erforderlichen Gehölzrodungen führen zum dauerhaften Lebensraumverlust und somit zur Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten in einem Umfang von insgesamt rd. 0,6 ha.

Die versteckt angelegten Winterester sind in der Praxis nicht nachweisbar; eine hierzu erforderliche intensive Nachsuche würde bei außerordentlich geringen Erfolgsaussichten ein hohes Risiko der unbeabsichtigten Zerstörung von Nestern und der Tötung überwinternder Haselmäuse bergen. Daher werden gemäß der Empfehlung des BfN (RUNGE et al. 2010) die für Haselmäuse besiedelbaren Bereiche in ihrer Gesamtheit als Ruhestätte gewertet.

Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren, Zerstörung von Entwicklungsformen

Durch die Rodungsarbeiten können Haselmäuse in ihren Nestern getötet werden. Da die Haselmaus ganzjährig in ihrem Lebensraum verbleibt, ist auch ganzjährig ohne Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen, mit der Verletzung und Tötung bei der Baufeldfreimachung zu rechnen.

Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos der Haselmaus infolge von Überstauungen tritt nicht ein. Zwar ist nicht auszuschließen, dass einzelne Haselmäuse bei einem Einstau

in ihren Nestern ertrinken, jedoch entspricht dies dem natürlichen Lebensrisiko der Art. Darüber hinaus stellt ein Vollstau mit Überstauung aller Gehölze ein vergleichsweise seltenes Ereignis dar.

4.2.1.4 Erforderliche Vermeidungs- / CEF-Maßnahmen

Zur Vermeidung von baubedingten Tötungen wird folgende Vermeidungsmaßnahme durchgeführt:

- Besondere Berücksichtigung der Haselmaus bei der Baufeldräumung (Maßnahme V4)

Zur Sicherung der ökologischen Funktion potenzieller Fortpflanzungs- und Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang wird vorsorglich folgende Ausgleichsmaßnahme durchgeführt:

- Anbringung von künstlichen Haselmausquartieren (Maßnahme A5)

In Kapitel sowie im LBP ist die Maßnahme detailliert beschrieben.

4.2.1.5 Fazit: Prognose der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Die Anforderungen von § 44 Abs. 5 BNatSchG können erfüllt werden. Durch die oben angeführten Maßnahmen können bei fachgerechter Realisierung die baubedingten Tötungen vermieden und die ökologische Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang erhalten werden.

Vorhabenbedingte erhebliche Störungen, mit negativen Auswirkungen auf Populationsniveau, können ausgeschlossen werden.

Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände im Sinne des § 44 BNatSchG Abs. 1 treten bei Durchführung der Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen nicht ein.

4.2.2 Fledermäuse

Überblick der im Untersuchungsraum vorkommenden Fledermausarten

Bei den Erfassungen wurden die Zwergfledermaus sowie das akustisch nicht zu trennende Artpaar Kleine Bartfledermaus/Brandtfledermaus im Untersuchungsraum sicher nachgewiesen (Tabelle 4). Außerdem gab es akustische Hinweise auf die Bechstein- und die Wasserfledermaus, eindeutige Rufe fehlen aber (vgl. UVP-Bericht IUS 2019).

Tabelle 4: Nachgewiesene und potentiell vorkommende (grau hinterlegt) Fledermausarten




Deutscher Artname	Wissenschaftlicher Artname	FFH-RL	D	RL D	RL BW	EHZ
Zwergfledermaus	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	Anhang IV	§§	*	3	+
Brandtfledermaus ¹	<i>Myotis brandtii</i>	Anhang IV	§§	V	1	-
Kleine Bartfledermaus ¹	<i>Myotis mystacinus</i>	Anhang IV	§§	V	3	+
Bechsteinfledermaus	<i>Myotis bechsteinii</i>	Anhang II+IV	§§	2	2	-
Wasserfledermaus	<i>Myotis daubentonii</i>	Anhang IV	§§	*	3	+

¹ akustisch nicht zu trennendes Artenpaar

Rote Liste D (HAUPT et al. 2009) und Rote Liste BW (BRAUN & DIETERLEN 2003): 1 - Vom Aussterben bedroht; 2 - stark gefährdet; 3 - gefährdet; V - Vorwarnliste; G - Gefährdung unbekannten Ausmaßes; R - extrem selten * - ungefährdet; i - „gefährdete wandernde Tierart“

Schutzstatus EU: Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH), Anhang IV

Schutzstatus D: nach dem BNatSchG in Verbindung mit der BArtSchV §§ zusätzlich streng geschützte Arten

EHZ: Gesamtbewertung des Erhaltungszustandes in Baden-Württemberg (LUBW 2014):  = günstig;  = ungünstig – unzureichend;  = ungünstig – schlecht

4.2.2.1 Lebensraumsansprüche und Empfindlichkeiten von Fledermäusen

Nahrungsräume

Die einzelnen Fledermausarten stellen unterschiedliche Ansprüche an ihre Umgebung. Jagdhabitate befinden sich beispielsweise in Waldgebieten, an und über Gewässern oder auch in Siedlungen. U.a. die Kleine Bartfledermaus und die Zwergfledermaus jagen überwiegend gehölzgebunden, etwa entlang von Hecken, uferbegleitenden Gehölzen oder halboffenen Bereichen wie Waldwegen und Lichtungen.

Fortpflanzungs- und Ruhestätten

Wochenstubenkolonien von baumhöhlenbewohnenden Fledermausarten nutzen eine Vielzahl von Quartierbäumen innerhalb einer Vegetationsperiode. Außer den Wochenstubenquartieren zählen auch die weiteren Quartiere mit Funktionen für die Fortpflanzung zu den Fortpflanzungsstätten, insbesondere die Paarungsquartiere. Daher entspricht die Fortpflanzungsstätte bei kleinräumig aktiven Arten dem besiedelten Waldareal mit einem Verbund von geeigneten Quartierbäumen und regelmäßig genutzten, speziellen Nahrungshabitaten.

Ruhestätten umfassen Tagesquartiere von Einzeltieren, Winterquartiere, Schwärm- sowie Kommunikationsquartiere. Außerhalb des Winterschlafs decken sie sich größtenteils mit den Fortpflanzungsstätten. Winterquartiere befinden sich artspezifisch in Höhlen und anderen unterirdischen Hohlräumen, aber auch in Bäumen und Gebäuden.

Artspezifische Empfindlichkeiten gegenüber Vorhabenwirkungen

Neben den Auswirkungen des Quartier- und Leitstrukturverlusts in Folge der Baumfällungen, sind gegenüber Schallimmissionen und Bewegungsunruhe keine weiteren artspezifischen Empfindlichkeiten anzunehmen.

4.2.2.2 Lokale Individuengemeinschaft und lokale Populationen

Grundsätzlich kann die Fledermausaktivität im Untersuchungsgebiet als gering bis mäßig eingeschätzt werden, wobei diese Einschätzung maßgeblich auf den Jagdaktivitäten der Zwergfledermaus beruht. Leise rufende und überwiegend im Bestand jagende Arten sind aufgrund ungleicher Erfassungswahrscheinlichkeiten in den akustischen Aufnahmen und Sichtbeobachtungen vermutlich unterrepräsentiert.

Wochenstuben im geplanten Rückhaltebecken sind nicht wahrscheinlich, einzig kleinere Einzelquartiere als Tagesquartiere sind anzunehmen. Die angrenzenden Wälder bieten jedoch Quartiermöglichkeiten für baumbewohnende Fledermausarten. Gebäudebewohnende Fledermausarten können in landwirtschaftlichen Gebäuden in der Umgebung ausreichend Quartiere finden.

Pragmatisch wird das Untersuchungsgebiet mit dem Bereich der jeweiligen lokalen Populationen gleichgesetzt, wobei davon auszugehen ist, dass diese sich weit über die Grenzen des Untersuchungsgebiets hinaus fortsetzen.

Erhaltungszustand der lokalen Population

Zustand der Population: unbekannt

Nach den Kriterien von PAN & ILÖK (2010) ist die Einstufung der Zustände der lokalen Populationen nicht möglich, da diese u. a. auf die nicht bekannten Wochenstubenkolonien und -quartiere Bezug nimmt.

Habitatqualität: „mittel bis schlecht“ (C)

Das Offenland bietet nur wenigen Fledermäusen geeignete Jagdhabitats, da ein Großteil der Fledermausarten in Wäldern oder am Waldrand jagt.

Quartierpotential besteht kaum im Untersuchungsgebiet. Lediglich die uferbegleitenden Gehölze des Ohlsbach sowie die Wälder am Rand des Gebiets bieten bedingt Quartierpotential für baumbewohnende Fledermäuse in Form von Baumhöhlen oder hinter abgeplatzter Rinde.

Beeinträchtigungen: „keine bis gering“ (A)

Derzeit sind keine Beeinträchtigungen zu erkennen.

➔ **Gesamterhaltungszustand der lokalen Populationen: nicht bewertbar**

4.2.2.3 Prognose und Bewertung der Schädigung und / oder Störung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (bau-, anlage- und betriebsbedingt)

Fledermäuse können ohne Berücksichtigung von Vermeidungs- und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen grundsätzlich von den folgenden Handlungen betroffen sein, die Verbotstatbeständen des § 44 (1) BNatSchG entsprechen können:

- Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)
- Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren, Zerstörung von Entwicklungsformen (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten

Die zum Bau des Hochwasserrückhaltebeckens erforderlichen Gehölzrodungen führen zum potentiellen Verlust von Quartieren und somit zur Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten.

Durch die Baufeldräumung gehen keine essenziellen Nahrungshabitate verloren.

Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren, Zerstörung von Entwicklungsformen

Wegen des geringen Baumholzes sind Wochenstuben oder Winterquartiere (und damit immobile Individuen) in den Gehölzen der Baufläche nicht zu erwarten. Da adulte Tiere während der Fällarbeiten fliehen können, ist eine Schädigung der Tiere nicht zu erwarten.

Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos von Fledermäusen infolge der Flutungen tritt nicht ein. Zwar ist nicht auszuschließen, dass einzelne Fledermäuse bei einem Einstau in Baumhöhlen ertrinken, jedoch entspricht dies dem natürlichen Lebensrisiko der auch auenbewohnenden Arten. Darüber hinaus stellt ein Vollstau mit Überstauung aller Gehölze ein vergleichsweise seltenes Ereignis dar. Winterquartiere oder Wochenstuben, die bei einem Einstau überstaut werden würden, sind im Einstaubereich nicht vorhanden.

4.2.2.4 Erforderliche Vermeidungs- / CEF-Maßnahmen

Zur Vermeidung von baubedingten Tötungen wird folgende Vermeidungsmaßnahme durchgeführt:

- Fäll- und Rodungszeitenbeschränkung (Maßnahme V3)

Zur Sicherung der ökologischen Funktion potenzieller Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang wird vorsorglich folgende Ausgleichsmaßnahme durchgeführt:

- Anbringung von Fledermauskästen (Maßnahme A3)

In Kapitel 5.2.1 sowie im LBP ist die Maßnahme detailliert beschrieben.

4.2.2.5 Fazit: Prognose der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände

Durch die unvermeidbare Gehölzfällung im Rahmen des Baus des Hochwasserrückhaltebeckens könnten potenzielle Tagesquartiere als Ruhestätten für Fledermäuse verloren gehen. Quartiere in den betroffenen Bäumen wurden nicht nachgewiesen, können aber auch nicht ausgeschlossen werden. Vorsorglich wird der potenzielle Verlust durch das Aufhängen von Fledermauskästen ausgeglichen.

Vorhabenbedingt kommt es weder zu einem Verlust von Jagdhabitaten von essentieller Bedeutung für die Funktionsfähigkeit umliegender Fortpflanzungs- und Ruhestätten, noch zu erheblichen Störungen mit negativen Auswirkungen auf Populationsniveau.

Eine Verletzung/ Tötung von Fledermäusen und somit ein Eintreten des artenschutzrechtlichen Verbotstatbestands entsprechend § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird durch Regelungen zur Rodungszeit verhindert.

Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände im Sinne des § 44 BNatSchG Abs. 1 treten bei Durchführung der Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen nicht ein.

4.2.3 Steinkrebs und Bachmuschel

Steinkrebs (*Austropotamobius torrentium*; FFH Anhang II & V; RL-D 2; RL-BW 2)

Der Steinkrebs kommt vor allem in sauerstoffreichen, schnellfließenden Fließgewässern mit steinig-kieseligem Substrat und einer hohen Gewässergüte vor. Meist werden kleine, kühle Bäche besiedelt, doch auch die Uferbereiche von Seen und Weiher in höheren Regionen werden von der Art besiedelt. Wichtig sind außerdem ausreichend Versteckmöglichkeiten (unter Steinen, Wurzeln und Totholz) wo der Steinkrebs seine Höhlen gräbt.

Die Idealtemperatur der Gewässer liegt im Sommer zwischen 14 und 18 °C. Die Extremtemperaturen liegen zwischen 5 und 23 °C. Die Art ist omnivor und ernährt sich vor allem

von Aas, Pflanzen und Insektenlaven. In Süddeutschland kommt der Steinkrebs vor allem im Einzugsbereich des Rheins und der Donau vor. Die Art gilt bundes- und landesweit als „stark gefährdet“ und wird in den Anhängen II und V der FFH-Richtlinie geführt.

Auch der Ohlsbach ist grundsätzlich als Habitat für den Steinkrebs geeignet. Nachweise konnten trotz intensiver Suche bei Tag und einer Nachtbegehung mit Handscheinwerfern nicht erbracht werden. Im Gewässer sind jedoch zahlreiche geeignete Habitatstrukturen wie Totholzansammlungen, Hohlräume unter größeren Steinen und Uferhöhlen mit hoher Lebensraumeignung für Steinkrebse vorhanden. Im Rahmen des Scoping-Verfahrens wurde von der Fischereibehörde (Staatliche Fischereiaufsicht des RP Freiburg, Referat 33, Mail vom 18.10.2017) auf Vorkommen des Steinkrebsses im Ohlsbach hingewiesen. Es wird daher vorsorglich von einem Vorkommen der Art ausgegangen.

Bachmuschel (*Unio crassus*; FFH Anhang II & IV; RL-D 1; RL-BW 1)

Die Bachmuschel besiedelt vor allem saubere, sauerstoffreiche, schnell bis mäßig fließende Bäche und Flüsse, die eine mäßige bis starke Strömung aufweisen, und kommt nur ausnahmsweise auch in sauberen Seen vor. In naturnahen Gewässern zählen heute vor allem sandig-kiesige bis lehmige Uferbuchten und gut durchströmte Kiesbetten zu den typischen Bachmuschelhabitaten. Auch verschlammte Bereiche können noch von älteren Tieren besiedelt sein, wo sie besonders schwer zu entdecken sind. Da der Fortpflanzungserfolg bei Nitratgehalten über 10 mg/l deutlich abnimmt, ist die Art auf unbelastete Gewässer angewiesen. Zusätzlich muss ein ausreichend großer Wirtsfischbestand (z. B. Groppe, Elritze, Döbel, Flussbarsch, Rotfeder, Dreistachliger Stichling) im Gewässer vorhanden sein.

Sehr wichtig für die Besiedlung ist die Stabilität des Substrats. In instabilem, sich flussabwärts verlagernden Sandfrachten mit charakteristischer Rippeloberfläche („Fließsand“) oder in mobilen, nur kurzzeitig bestehenden Kiesbänken leben Bachmuscheln nicht.

In Baden-Württemberg liegen die Verbreitungsschwerpunkte in der mittleren Oberrheinebene sowie im Alpenvorland. Die Art gilt bundes- und landesweit als „vom Aussterben bedroht“ und wird in den Anhängen II und IV der FFH-Richtlinie geführt.

Der Ohlsbach ist grundsätzlich als Lebensraum für Bachmuscheln geeignet. Das Gewässer im Untersuchungsgebiet zeichnet sich durch große Strömungsdiversität und Tiefenvarianz aus. Die Substratdiversität an der Gewässersohle ist ebenfalls hoch, es dominieren Kies, Schotter sowie größere Steine. Saprobie und Versauerung weisen den Ohlsbach als grundsätzlich geeigneten Lebensraum für Bachmuscheln aus.

Nachweise von Muschelschalen oder lebenden Tieren konnten trotz intensiver Nachsuche nicht erbracht werden.

4.2.4 Weitere Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie

Aus den sonstigen Artengruppen des Anhang IV der FFH-Richtlinie wurden keine Arten nachgewiesen. Eine Betroffenheit durch das Vorhaben ist daher nicht zu erwarten.

5 Maßnahmen, mit denen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG vermieden werden

Zur Verhinderung des Eintretens von Verbotstatbeständen werden Vermeidungs- und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) durchgeführt; diese werden vollständig in den LBP des UVP-Berichts (IUS 2019) übernommen. Die Nummerierung der Maßnahmen entspricht dem Landschaftspflegerischen Begleitplan.

5.1 Vermeidungsmaßnahmen

Zur Vermeidung des Eintritts von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG werden folgende Maßnahmen eingehalten (vgl. Teil LBP des UVP-Berichts IUS 2019):

- Fäll- und Rodungszeitenbeschränkung (Maßnahme V3)
- Besondere Berücksichtigung der Haselmaus bei der Baufeldräumung (Maßnahme V4)
- Installation einer Kriebssperre (Maßnahme V6)
- Besondere Berücksichtigung von Steinkrebs und Bachmuschel bei der Baufeldräumung (Maßnahme V7)

5.1.1 Fäll- und Rodungszeitenbeschränkung (Maßnahme V3)

Um die Tötung und Verletzung der streng geschützten Arten und europäischer Vogelarten i. S. v. § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG zu vermeiden, dürfen in den Monaten März bis Ende Oktober keine Fällarbeiten durchgeführt werden. Auch die Beseitigung von Gestrüppen erfolgt nur außerhalb dieses Zeitraums. Damit wird sichergestellt, dass keine Vogelbrut zerstört oder Fledermäuse in ihren Quartieren getötet werden. Eine Nutzung der zu fällenden Bäume durch Fledermäuse als Winterquartier ist aufgrund der geringen Größe der Baumhöhlen und der damit fehlenden Frostsicherheit nicht sehr wahrscheinlich.

Mit der Wahl des Zeitraums zwischen November und Ende Februar für die Durchführung der Baumfällungen (keine Wurzelstockentfernung durch Rodung) finden diese auch in der Winterschlaf-Phase der Haselmaus statt, in der sie sich nicht mehr in Nestern in den Bäumen und Sträuchern sondern in Bodennestern aufhält. Für die Haselmaus sind jedoch zusätzliche Vermeidungsmaßnahmen (Maßnahme V4) notwendig.

5.1.2 Besondere Berücksichtigung der Haselmaus bei der Baufeldräumung (Maßnahme V4)

Durch Gehölzeinschlag, -rodungen und vorbereitende Bodenarbeiten im Baufeld kann es zur Verletzung oder Tötung von Haselmäusen kommen, z.B. wenn winterschlafende Tiere in ihren Nestern am Boden verletzt oder getötet werden.

Um Individuenverluste von Haselmäusen zu vermeiden, werden bei der Freistellung des Baufelds folgende Vorgaben berücksichtigt:

- schonendes Fällen der Gehölzbestände (Fällarbeiten manuell, ohne den Einsatz von Harvestern, Rückemaschinen oder sonstigen schweren Maschinen) bzw. Abschneiden der Strauchvegetation sowie vorsichtiges Abräumen der gefällten

Bäume resp. des Schnittguts im Winterhalbjahr (ca. Ende Oktober bis - wegen der Vögel - Ende Februar).

- kein flächiges Befahren der Flächen mit schweren Maschinen, sondern Entfernen des Stamm- und Astmaterials mit der Seilwinde, je nach örtlichen Gegebenheiten werden vorab Rückelinien bestimmt.
- Rodung/Bodenabtrag ab Mitte Mai, die Haselmäuse sind nach dem Erwachen abgewandert und zu diesem Zeitpunkt nicht mehr auf den für sie unattraktiven Flächen.

Ziel der genannten Maßnahmen ist es - neben der Vermeidung der Verletzung oder Tötung von Haselmäusen - die Fläche für Haselmäuse während deren Winterruhe unattraktiv zu machen, so dass die Tiere nach dem Erwachen in geeignete benachbarte Lebensräume abwandern.

Aufgrund der Besiedlung auch der in der unmittelbaren Umgebung vorhandenen gut geeigneten Lebensräume kann die Möglichkeit des Ausweichens der Tiere in angrenzende Lebensräume jedoch nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden. Es sind daher Maßnahmen notwendig, durch welche weitere gut geeignete Flächen in der Umgebung geschaffen werden, die künftig der Haselmaus zur Verfügung stehen (siehe Kap. 5.2.3).

Die nachfolgende Tabelle zeigt den jeweiligen Durchführungszeitraum der artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen im Jahresverlauf (Maßnahmen V1 bis V3) für die jeweilige Tiergruppe bzw. Art.

Tabelle 5: Durchführungsmonate und Abfolge der Maßnahmen V3 und V4

Monat	Vögel	Fledermäuse	Haselmaus
Nov	Fällen der Bäume (keine Wurzelstockentfernung), Entfernen von sonstiger Vegetation	Kein Fällen der Bäume und Entfernen von Vegetationsbeständen	
Dez			
Jan			
Feb			
März	Kein Fällen der Bäume und Entfernen von Vegetationsbeständen		Kein Fällen der Bäume und Entfernen von Vegetationsbeständen
April			
Mai			
Juni			Nach Fällung der Bäume im vorangegangenen Winter, ab Mitte Mai: Rodung (Entfernen der Wurzelstöcke), Bodenvorbereitung
Juli			
Aug			
Sept			
Okt			

5.1.3 Installation einer Krepssperre (Maßnahme V6)

Oberläufe und Seitenbäche wie der Ohlsbach sind der bevorzugte Lebensraum von Flusskrebss. Bilder vergangener Hochwasserereignisse belegen das Steinkrebssvorkommen im Ohlsbach.

Die heimischen Arten wie der Steinkrebs, der Edelkrebss und der Dohlenkrebss werden in den letzten Jahren verstärkt durch gebietsfremde, invasive Arten bedroht, die die heimischen Arten nicht nur durch interspezifische Konkurrenz verdrängen sondern auch Überträger der Krebspest sind. (vgl. HLNUG 2017). Der trockene und heiße Sommer 2018 trug zusätzlich dazu bei, dass Krebspopulationen verschwunden sind.

Entgegen der sonstigen Vorgehensweise wird daher, zum Schutz von im Oberlauf des Ohlsbach angesiedelten Krebsbestände, Abstimmung mit dem RP Freiburg, unterstrom des Beckens eine Krepssperre vorgesehen, die das Hochwandern invasiver Arten verhindern soll. Auf die Herstellung eines Auslassbauwerks mit ökologisch durchgängiger Gewässersohle wird deshalb verzichtet, wodurch neben der unterhalb angeordneten Krepssperre, ein zusätzliches Wanderhindernis für Invasive Krebsarten geschaffen wird.

Die Ausbildung der Sperre orientiert sich an dem „Sondergutachten 2017 – Erstellung einer Expertise zu Krepssperren und alternativen Schutzmaßnahmen für den Steinkrebs“ und dem „Handlungsleitfaden – Modellprojekt Krepssperren zum Schutz von Dohlenkrebss- und Steinkrebsbeständen“ sowie dem Leitfaden „der Schutz der Flusskrebse“.

Hauptbestandteil der Sperre ist eine 35 cm hohe Sohlschwelle in der Gewässersohle die von einem 20 cm ausragenden Edelstahlblech überragt wird. Dieser Vorsprung kann von den Krepss nicht überklettert werden, der Bachforelle ist ein Überwinden jedoch grundsätzlich möglich, unter der Voraussetzung, dass in ausreichendem Maße Wasser vorhanden ist².

Die Sohlschwelle wird im Bereich des Löschwasserentnahmeschützes in den Einlauf des Gewässerdurchlasses unterhalb der Straße nach Hinterohlsbach eingebaut. Um zu verhindern, dass die Sperre an den rauen Trogseitenwänden umklettert wird, werden diese auf einer Länge von 70 cm vor der Sperre mit Edelstahl ausgekleidet. Ebenso wird die Trogoberkante mit einem ausragenden Edelstahlblech versehen. Zum Bau der Sperre sind Anpassungen an den Schütztafeln und Führungsschienen der Löschwasserentnahme erforderlich.

Die folgenden Abbildungen zeigen die geplante Krepssperre in Lageplan und Längsschnitt sowie ein Ausführungsbeispiel einer vergleichbaren Krepssperre an der Kander (Landkreis Lörrach).

² Im Anforderungsprofil für Bachforellen in „Mindestabflüsse in Ausleitungsstrecken“ (LfU 2005) heißt es zur Überwindung von Abstürzen:

„Generell sind Wassertiefen von doppelter bis dreifacher Körperhöhe (20–30 cm) notwendig; über kurze Strecken (bis max. 2 m) können flachere Bereiche mit Wassertiefen in Körperhöhe noch bewältigt werden. Abstürze bis 0,8 m Höhe sollen noch übersprungen werden können. Dabei hängt die Höhe, die bewältigt werden kann, von der Körperlänge der Fische und der Unterwassertiefe ab; diese soll mindestens das 1,25fache der Höhe eines Absturzes betragen“

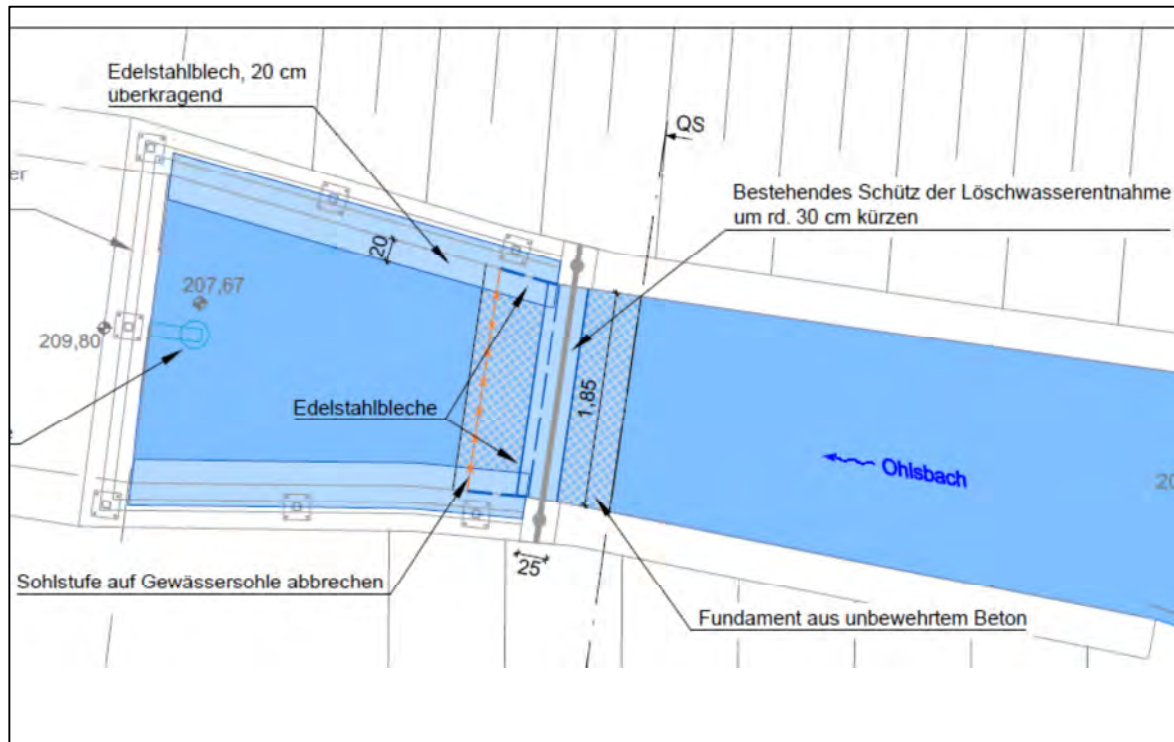


Abbildung 5: Längsschnitt der Krebsperre (WALD+CORBE 2019)

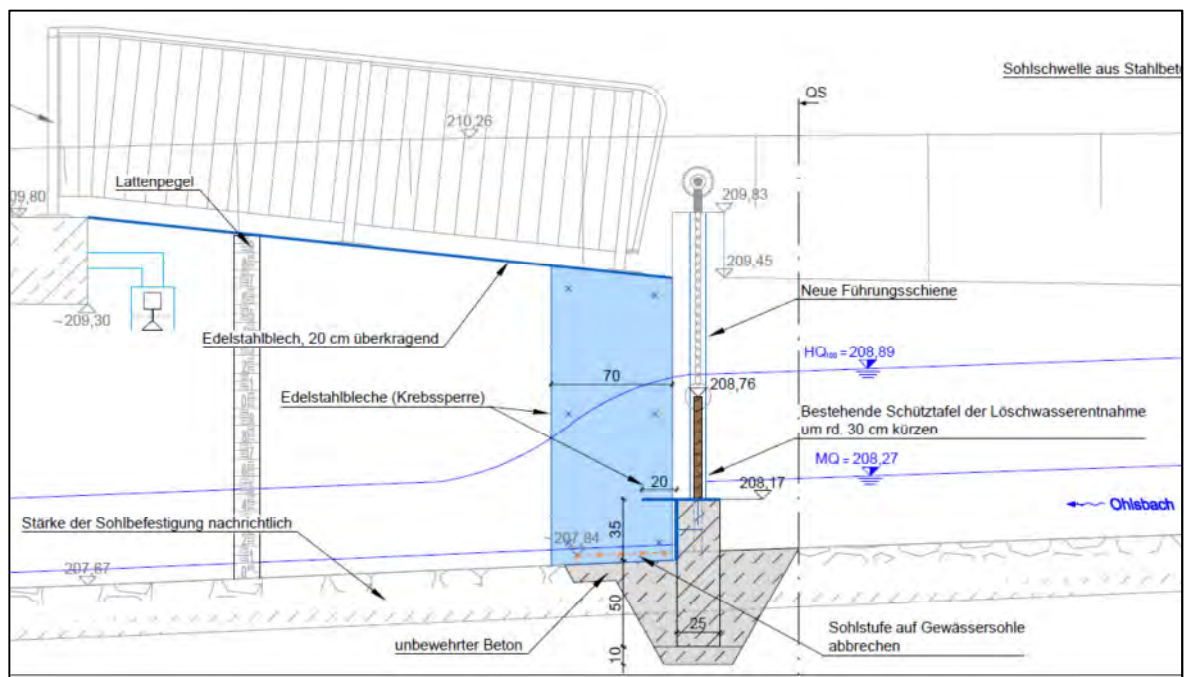


Abbildung 6: Längsschnitt der Krebsperre (WALD+CORBE 2019)



Abbildung 7: Beispiel einer Krebssperre vergleichbarer Ausführung (Quelle: HLNUG 2017 © C. Chucholl)

Die Krebssperre sollte mit einem Informationsschild ergänzt werden, um zu verhindern, dass Krebse in „guter Absicht“ über die Schwelle getragen werden.

5.1.4 Besondere Berücksichtigung von Steinkrebs und Bachmuschel bei der Baufeldräumung (Maßnahme V7)

Steinkrebs

Die Lebensraumeignung für den Steinkrebs ist im Vorhabengebiet grundsätzlich gegeben. Zahlreiche Einzelstrukturen wie große Steine mit darunter liegenden Hohlräumen, Uferhöhlen, Totholzansammlungen und im Wasser hängende Wurzeln sind von besonderer Bedeutung für den Steinkrebs. Ein Vorkommen der Art wird vorsorglich angenommen (s.o.).

Es wird daher empfohlen unmittelbar vor Beginn der Baumaßnahme gezielt an dem im Baufeld gelegenen Bachabschnitt nachzusuchen und die Tiere zu bergen.

Bachmuschel

Die Lebensraumeignung für Bachmuscheln im Untersuchungsgebiet ist grundsätzlich gegeben. Zahlreiche geeignete Strukturen wie stabiles Grobsubstrat an der Gewässersohle, hohe Strömungsdiversität, hohe Gewässergüte (1-2) und geringe Versauerungstendenz sind von besonderer Bedeutung für die Bachmuschel. Da bei der Nachsuche weder Tiere noch Schalen(-reste) gefunden wurden, wird ein Vorkommen der Art im Vorhabenbereich

als nicht wahrscheinlich angenommen, kann aber aufgrund der vergleichsweise hohen Lebensraumeignung im Ohlsbach nicht vollkommen ausgeschlossen werden.

Es wird daher wie beim Steinkrebs empfohlen, unmittelbar vor Beginn der Baumaßnahme gezielt an dem im Baufeld gelegenen Bachabschnitt nachzusuchen und die Tiere zu bergen.

5.2 Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen)

Zur Vermeidung des Tatbestands der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG) muss die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang sichergestellt werden. Hierfür werden die nachfolgend aufgeführten vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen – *continuous ecological functionality-measures*) durchgeführt, die der Bereitstellung von Lebensraum für die betroffenen Arten dienen (Darstellung in Karte 6 des VP-Berichts):

- Anbringung von Fledermauskästen (Maßnahme A3)
- Anbringen von künstlichen Nisthilfen für höhlenbrütende Vo-gel-arten (Maßnahme A4)
- Anbringen von Haselmauskästen (Maßnahme A5)

5.2.1 Anbringung von Fledermauskästen (Maßnahme A3)

In den Gehölzen des bachbegleitenden Auwaldes können Tagesquartiere von Fledermäusen in Baumhöhlen oder –spalten nicht ausgeschlossen werden. Daher werden vorsorglich 10 Fledermauskästen bzw. –höhlen an Bäumen entlang des Ohlsbachs in mindestens 3 m Höhe angebracht, um mögliche Verluste von Tagesquartieren auszugleichen. Die Fledermauskästen werden im Winterhalbjahr parallel zum Fällen der Bäume bis spätestens Ende Februar ausgebracht, so dass die Fledermäuse nach der Winterruhe ein erhöhtes Quartierangebot vorfinden.

5.2.2 Anbringen von künstlichen Nisthilfen für höhlenbrütende Vogelarten (Maßnahme A4)

Als Kompensation für die Beeinträchtigung höhlenbrütender Vogelarten werden insgesamt 14 (pro verloren gehendem Brutplatz zwei Nisthilfen) artspezifische Nisthöhlen an Bäumen um den geplanten Beckenstandort angebracht. Generell sollte die Anflugöffnung der Nisthöhlen immer auf der wetterabgewandten Seite, i. d. R. in östlicher Richtung, aufgehängt werden. Die Anbringungshöhe sollte zwischen zweieinhalb und vier Metern variieren. Die Nisthilfen werden im Winterhalbjahr parallel zum Fällen der Bäume bis spätestens Ende Februar ausgebracht, so dass nischen- und höhlenbrütende Vogel-arten mit Beginn der Brutsaison ein erhöhtes Quartierangebot vorfinden.

Tabelle 6: Artspezifische Nisthilfen für betroffene Höhlenbrüter

Art	Nisthilfentyp	Ort der Anbringung	Anzahl
Blaumeise	Nisthöhle Typ 1B der Firma Schwegler oder vergleichbare Produkte. Fluglochweite: 26 mm.	An Bäumen in 2,5 - 4 m Höhe.	2
Kohl-, Sumpf-, Tannenmeise	Nisthöhle Typ 1B oder Typ 2 GR der Firma Schwegler oder vergleichbare Produkte. Fluglochweite: 32 mm.	An Bäumen in 2,5 - 4 m Höhe.	12

5.2.3 Anbringen von Haselmauskästen (Maßnahme A5)

Zur Bereitstellung von geeigneten Plätzen für die Sommerester werden 20 Haselmauskästen in der nahen Umgebung des Beckenstandortes, außerhalb des zukünftig überstauten Bereiches, ausgebracht. Die Haselmauskästen werden im Winterhalbjahr bis spätestens Ende März ausgebracht, so dass die Haselmäuse nach der Winterruhe und Abwanderung aus dem Baufeld ein erhöhtes Quartierangebot vorfinden.

6 Zusammenfassende Darstellung möglicher artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände und der Vermeidungs-/ CEF-Maßnahmen

6.1 Vorhabenbedingt potentiell betroffene Arten

Grundsätzlich könnte das Vorhaben zu Beeinträchtigungen von Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und von europäischen Vogelarten führen, die den Verbotstatbeständen des § 44 (1) BNatSchG entsprechen.

Folgende Arten sind vorhabenbedingt potenziell betroffen:

Vögel

- ungefährdete Höhlen- und Nischenbrüter (Blaumeise, Kohlmeise, Sumpfmeise, Tannenmeise)
- ungefährdete Gebüsch- und Baumbrüter (Amsel, Mönchsgrasmücke, Rotkehlchen, Singdrossel, Wintergoldhähnchen, Zaunkönig)

Haselmaus

Fledermäuse

- Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*)
- Artenpaar Kleine Bartfledermaus (*Myotis mystacinus*)/ Brandtfledermaus (*Myotis brandtii*)
- Wasserfledermaus (*Myotis daubentonii*)
- Bechsteinfledermaus (*Myotis bechsteinii*)

6.2 Denkbare artenschutzrechtliche Verbotstatbestände

Ohne Berücksichtigung von Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen wäre das Eintreten folgender artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände denkbar:

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

- alle Brutvögel im Bereich des geplanten Rückhaltebeckens
- Haselmaus
- Fledermäuse (Zwergfledermaus, Artenpaar Kleine Bartfledermaus)/ Brandtfledermaus, Wasserfledermaus, Bechsteinfledermaus

Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren bzw. Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Entwicklungsformen (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

- alle Brutvögel im Bereich des geplanten Rückhaltebeckens.
- Haselmaus
- baumbewohnende Fledermäuse

6.3 Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen

Zur Verhinderung des Eintretens von Verbotstatbeständen werden Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen durchgeführt; diese werden vollständig in den Landschaftspflegerischen Begleitplan übernommen.

Vermeidungsmaßnahmen

Zur Vermeidung des Eintretens von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG werden folgende Maßnahmen eingehalten:

- Fäll- und Rodungszeitenbeschränkung (Maßnahme V3)
- Besondere Berücksichtigung der Haselmaus bei der Baufeldräumung (Maßnahme V4)

CEF-Maßnahmen

Zur Erhaltung der ökologischen Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang sind die in Tabelle 7 dargestellten vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) notwendig.

- Anbringung von Fledermauskästen (Maßnahme A3)
- Anbringen von künstlichen Nisthilfen für nischen- und höhlenbrütende Vogelarten (Maßnahme A4)
- Anbringen von Haselmauskästen (Maßnahme A5)

Tabelle 7: CEF-Maßnahmen

Art	Beeinträchtigung	Maßnahme	
		Nr.	Name
Fledermäuse	Verlust von Baumbeständen mit Quartierpotential durch Rodung und Überbauung	A3	Anbringung von 10 Fledermauskästen (Tagesquartiere)
ungefährdete Höhlen- und Nischenbrüter	Verlust von 7 Brutrevieren durch Rodung und Überbauung.	A4	Anbringen von 14 künstlichen Nisthilfen für höhlenbrütende Vogelarten
Haselmaus	Verlust von Gehölzen mit Quartierpotential für die Haselmaus durch Rodung und Überbauung.	A5	Anbringen von 20 Haselmauskästen

6.4 Fazit: Verbotstatbestände unter Berücksichtigung von Vermeidungs-/ CEF-Maßnahmen

Das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände wird durch Vermeidungsmaßnahmen und CEF-Maßnahmen vermieden.

Der Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten besonders/streng geschützter Arten (relevant für Brutvögel im Baufeld, baumbewohnende Fledermäuse sowie die Haselmaus) wird durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) im Bereich der betroffenen lokalen Individuengemeinschaften kompensiert. Die ökologische Funktion der vom Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang bleibt weiterhin erfüllt.

Die Verletzung oder Tötung von Tieren bzw. die Beschädigung oder Zerstörung von Entwicklungsformen (relevant für alle Brutvögel, baumbewohnende Fledermäuse und die Haiselmaus im Baufeld) kann durch eine besondere Berücksichtigung des Artenschutzes bei Freistellung der Flächen vermieden werden. Hochwasserbedingt tritt kein signifikant erhöhtes Tötungs- oder Verletzungsrisiko ein.

Eine erhebliche Störung von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten ist vorhabenbedingt nicht zu erwarten.

7 Angaben zur artenschutzrechtlich veranlassten Erfolgskontrolle (Monitoring)

Für die Arten, für die CEF-Maßnahmen durchgeführt werden, wird eine Erfolgskontrolle (Monitoring) durchgeführt. Durch eine qualifizierte, naturschutzfachliche Baubegleitung wird u. a. gewährleistet, dass die genannten Maßnahmen zeitlich und inhaltlich gemäß den formulierten Anforderungen fachgerecht ausgeführt werden, die naturschutzrechtlichen Vorgaben eingehalten und artenschutzrechtliche Verbotstatbestände vermieden werden. Im Rahmen der Ausführung lassen sich die vorgesehenen Maßnahmen zudem den aktuellen Gegebenheiten entsprechend optimieren.

Künstliche Quartiere für Fledermäuse und die Haselmaus sowie Nistkästen für Vögel sind hinreichend in ihrer Eignung belegt. Für diese Maßnahmen ist, über die 1-2 jährliche Wartung und Funktionskontrolle hinaus, kein Monitoring oder Risikomanagement erforderlich (MKULNV NRW 2013).

8 Zusammenfassung

Aufgrund der bestehenden Hochwassergefahr plant die Gemeinde Ohlsbach als Vorhabenträgerin oberhalb der Ortslage Ohlsbach, im Bereich Hinterohlsbach/Meisengrund, den Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens zur Erreichung eines 100-jährlichen Hochwasserschutzes Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen nicht berücksichtigend, könnten für folgende Arten und Artengruppen im Rahmen des Vorhabens Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten:

- Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren bzw. Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Entwicklungsformen (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG):
Europäische Vogelarten, Haselmaus, Fledermäuse
- Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG):
Blau-, Kohl-, Sumpf- und Tannenmeise, Haselmaus, Fledermäuse

Erhebliche Störungen von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) sind vorhabenbedingt nicht zu erwarten.

Die Verletzung oder Tötung von Tieren und ihrer Entwicklungsstadien wird durch die besondere Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Flächeninanspruchnahme vermieden (an die Verhaltensbiologie der Tiere angepasstes Vorgehen bei Vegetationsentfernung und Gehölzrodung in Verbindung mit Vergrämnungsmaßnahmen).

Die Erhaltung ökologischer Funktionen von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der betroffenen Tiere im räumlichen Zusammenhang wird durch entsprechend ausgestaltete CEF-Maßnahmen gewährleistet.

Für die höhlen Vogelarten werden insgesamt 14 Nisthilfen für Höhlenbrüter an Bäumen entlang des Ohlsbachs angebracht. Außerdem werden zehn Fledermauskästen (Tagesquartiere) und 20 Haselmauskästen an Gehölzen im Umfeld des Beckens angebracht.

Für den Steinkrebs und die Bachmuschel werden, trotz fehlender Nachweise im Baufeld, vorsorglich Maßnahmen zum Schutz potentieller Vorkommen getroffen (Krebssperre, Bestandüberprüfung vor Baufeldräumung).

Mit Durchführung der Maßnahmen werden die Anforderungen von § 44 Abs. 5 BNatSchG erfüllt, da durch die genannten Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen keine Verbotstatbestände im Sinne des § 44 BNatSchG Abs. 1 beim Bau und Betrieb des HRB Ohlsbach eintreten.

9 Literatur

- BAUER, H.-G., BEZZEL, E. & W. FIEDLER (2005): Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas. Alles über Biologie, Gefährdung und Schutz. Drei Bände. Aula-Verlag, Wiebelsheim.
- BAUER, H.-G., BOSCHERT, M., FÖRSCHLER, M.I., HÖLZINGER, J., KRAMER, M. & MAHLER, U. (2016): Rote Liste und kommentiertes Verzeichnis der Brutvögel Baden-Württembergs. 6. Fassung, Stand 31.12.2013.
- BRAUN, M. & F. DIETERLEN [HRSRG] (2003). Die Säugetiere Baden-Württembergs – Band 1. Ulmer, Stuttgart.
- FLADE, M. (1994): Die Brutvogelgemeinschaften Mittel- und Norddeutschlands. Grundlagen für den Gebrauch vogelkundlicher Daten in der Landschaftsplanung. Lebensräume, Leitarten, Struktur, Gefährdung. Eching. IHW. Band: I (3 Teile). 879 S.
- GASSNER, E., WINKELBRANDT, A. & D. BERNOTAT (2010): UVP und strategische *UMWELT-PRÜFUNG*. Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung. C.F. Müller Verlag. Heidelberg.
- GEDEON, K., GRÜNEBERG, C., MITSCHKE, A., SUDFELDT, C., EIKHORST, W., FISCHER, S., FLADE, A., FRICK, S., GEIERSBERGER, I., KOOP, B., KRAMER, M., KRÜGER, T., ROTH, N., RYSLAVY, T., STÜBING, S., SUDMANN, S. R., STEFFENS, R., VÖLKER, F., WITT, K. (2014). Atlas Deutscher Brutvogelarten. Atlas of German Breeding Birds. Stiftung Vogelmonitoring Deutschland und Dachverband Deutscher Avifaunisten, Münster.
- GLUTZ VON BLOTZHEIM, U. (2001). Handbuch der Vögel Mitteleuropas. Wiesbaden: Aula-Verlag. Genehmigte Lizenzausgabe eBook Vogelzug-Verlag.
- GRÜNEBERG, C., H.-G. BAUER, H. HAUPT, O. HÜPPOP, T. RYSLAVY & P. SÜDBECK (2015): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. 5. Fassung, 30. November 2015. Ber. Vogelschutz 52: 19-67.
- LUBW - LANDESANSTALT FÜR UMWELT, MESSUNGEN UND NATURSCHUTZ BADEN-WÜRTTEMBERG [Hrsg.] (2014). FFH-Arten in Baden-Württemberg. Erhaltungszustand 2013 der Arten in Baden-Württemberg - Stand: 20.März 2014, Karlsruhe. 5 S.
- MKULNV NRW (2013): Leitfaden „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen“ für die Berücksichtigung artenschutzrechtlich erforderlicher Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen. Forschungsprojekt des MKULNV Nordrhein-Westfalen (Az.: III-4 - 615.17.03.09). Bearb. FÖA Landschaftsplanung GmbH (Trier): J. Bettendorf, R. Heuser, U. Jahns-Lüttmann, M. Klußmann, J. Lüttmann, Bosch & Partner GmbH: L. Vaut, Kieler Institut für Landschaftsökologie: R. Wittenberg. Schlussbericht (online).
- PAN & ILÖK (2010). Konzept zum Monitoring des Erhaltungszustandes von Lebensraumtypen und Arten der FFH-Richtlinie in Deutschland. BfN-Skripten 278, 180 S.
- RUNGE, H.; SIMON, M. & WIDDIG, T. (2010). Rahmenbedingungen für die Wirksamkeit von Maßnahmen des Artenschutzes bei Infrastrukturvorhaben. FuE-Vorhaben im Rahmen des Umweltforschungsplanes des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz. Hannover, Marburg.

- STECK, C & BRINKMANN, R (2015). Wimperfledermaus, Bechsteinfledermaus und Mopsfledermaus - Einblicke in die Lebensweise gefährdeter Arten in Baden-Württemberg. Haupt-Verlag, Bern: 200 S.
- SÜDBECK, P., H. ANDRETZKE, S. FISCHER, K. GEDEON, T. SCHIKORE & K. SCHRÖDER (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands. Radolfzell.

Anhang

Formblätter zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung von Arten
des Anhangs IV der FFH-RL und von Europäischen Vogelarten nach
§§ 44 und 45 BNatSchG (saP)³:

Gilde ungefährdeter Höhlen- und Nischenbrüter

Haselmaus

Gilde baumbewohnender Fledermausarten

³

nach Vorlage des von der LUBW bereitgestellten Dokuments „Formblatt zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung von Arten des Anhangs IV der FFH-RL und von Europäischen Vogelarten nach §§ 44 und 45 BNatSchG (saP)“; Stand Mai 2012

Formblatt zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung von Arten des Anhangs IV der FFH-RL und von Europäischen Vogelarten nach §§ 44 und 45 BNatSchG (saP)

Gilde ungefährdeter Höhlen- und Nischenbrüter

Stand: Mai 2012

 Zutreffendes bitte ausfüllen bzw. ankreuzen

Hinweise:

- Dieses Formblatt ersetzt nicht die erforderliche fachgutachterliche Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände und ggf. die Begründung der Ausnahmevoraussetzungen.
- Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung gilt nur für die Arten des Anhangs IV der FFH-RL, die Europäischen Vogelarten und die Verantwortungsarten. Die übrigen besonders geschützten Arten sind im Rahmen der Eingriffsregelung nach §§ 14 ff BNatSchG (vgl. § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG) bzw. in der Bauleitplanung nach § 18 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. BauGB abzuarbeiten.
- Mit diesem Formblatt wird das Vorhaben bzw. die Planung nur auf eine betroffene Art (bzw. Gilde bei Europäischen Vogelarten) geprüft. Sind mehrere europarechtlich geschützte Arten betroffen, sind jeweils gesonderte Formblätter vorzulegen. Eine Aussage, ob das Vorhaben bzw. die Planung insgesamt artenschutzrechtlich zulässig ist, kann nur im Rahmen der erforderlichen fachgutachterlichen Gesamtprüfung erfolgen.
- Auf die Ausfüllung einzelner Abschnitte des Formblatts kann verzichtet werden, wenn diese im konkreten Einzelfall nicht relevant sind (z.B. wenn eine Ausnahmeprüfung nach Ziffer 5 nicht erforderlich ist).

1. Vorhaben bzw. Planung

Aufgrund der bestehenden Hochwassergefahr plant die Gemeinde Ohlsbach (Ortenaukreis) als Vorhabenträgerin oberhalb der Ortslage Ohlsbach, im Bereich Hinterohlsbach/Meisengrund, den Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens zur Erreichung eines 100-jährlichen Hochwasserschutzes

Für die saP relevante Planunterlagen:

- Artenschutzverträglichkeitsuntersuchung (AVU)
- UVP-Bericht
- Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP)

2. Schutz- und Gefährdungsstatus der betroffenen Art¹

☐ Art des Anhangs IV der FFH-RL

☒ Europäische Vogelart²

Gilde ungefährdeter Höhlen- und Nischenbrüter:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Rote Liste Status in Deutschland	Rote Liste Status in BaWü
Blaumeise	<i>Cyanistes caeruleus</i>	<input type="checkbox"/> 0 (erloschen oder verschollen)	<input type="checkbox"/> 0 (erloschen oder verschollen)
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	<input type="checkbox"/> 1 (vom Erlöschen bedroht)	<input type="checkbox"/> 1 (vom Erlöschen bedroht)
Sumpfmeise	<i>Parus palustris</i>	<input type="checkbox"/> 2 (stark gefährdet)	<input type="checkbox"/> 2 (stark gefährdet)
Tannenmeise	<i>Parus ater</i>	<input type="checkbox"/> 3 (gefährdet)	<input type="checkbox"/> 3 (gefährdet)
		<input type="checkbox"/> R (Art geografischer Restriktion)	<input type="checkbox"/> R (Art geografischer Restriktion)
		<input type="checkbox"/> V (Vorwarnliste)	<input type="checkbox"/> V (Vorwarnliste)

¹ Es sind nur die Arten des Anhangs IV der FFH-RL und die Europäischen Vogelarten darzustellen, weil der Erlass einer Rechtsverordnung für die Verantwortungsarten gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG gegenwärtig noch aussteht.

² *Einzeln zu behandeln sind nur die Vogelarten der Roten Listen. Die übrigen Vogelarten können zu Gilden zusammengefasst werden.*

3. Charakterisierung der betroffenen Tierart³

3.1 Lebensraumansprüche und Verhaltensweisen

- Blaumeise: kommt in allen Lebensräumen mit Baumbestand vor (Insbesondere Laub- und Nadelwälder, Gehölze, Parks). Voraussetzung ist das Vorhandensein von Baumhöhlen.
- Kohlmeise: kommt in allen Lebensräumen mit Baumbestand vor (Insbesondere Laub- und Nadelwälder, Gehölze, Parks). Voraussetzung ist das Vorhandensein von Baumhöhlen; Nistkästen werden ebenfalls angenommen
- Sumpfmiese: Die Sumpfmiese bevorzugt feuchte Laub- und Mischwälder. Sie ist auch in Parks, auf Friedhöfen und in Gärten mit älterem Baumbestand anzutreffen. Das natürliche Höhlenangebot ist ausschlaggebend. Nistkästen nimmt sie vergleichsweise selten an.
- Tannenmeise: bevorzugt Nadelwälder und nadelholzreiche Mischwälder. Neben Baumhöhlen nutzt sie auch Fels- und Erdhöhlen.

³ *Angaben bei Pflanzen entsprechend anpassen.*

⁴ *Zum Beispiel: Grundlagenwerke BaWü, Zielartenkonzept BaWü (ZAK) oder Artensteckbriefe.*

3.2 Verbreitung im Untersuchungsraum

☒ nachgewiesen ☐ potenziell möglich

Die ungefährdeten Höhlenbrüter kommen im Untersuchungsgebiet teilweise zahlreich vor. Die Blaumeise hat vier Brutreviere im Untersuchungsgebiet, davon eines im Baufeld des zu errichtenden Dammes. Von der Kohlmeise sind vier von acht Brutrevieren im Baufeld. Die Sumpfmiese und Tannenmeise haben ihr Revier jeweils im Baufeld.

Insgesamt gehen somit sieben Brutplätze von Höhlenbrütern (Blaumeise 1; Kohlmeise 4; Sumpfmiese 1; Tannenmeise 1) verloren.

3.3 Abgrenzung und Bewertung des Erhaltungszustandes der lokalen Population

Die Vorkommen der verschiedenen Arten im Untersuchungsgebiet bilden jeweils eine lokale Individuengemeinschaft, welche wiederum Teil einer übergeordneten lokalen Population ist. Die lokalen Populationen setzen sich jeweils außerhalb des Untersuchungsgebiets fort, da auch in der Umgebung geeignete Lebensräume für die Arten vorhanden sind.

Zustand der Populationen: „gut“ (B)

Aufgrund der größtenteils weiten Verbreitung im Untersuchungsgebiet, der wenig spezifischen Habitatansprüche sowie der bundes- und landesweit günstigen Erhaltungszustände wird davon ausgegangen, dass der Zustand der lokalen Populationen mindestens mit „gut“ (B) bewertet werden kann.

Habitatqualität: „hervorragend“ (A)

Die Lebensräume der behandelten Arten sind im Untersuchungsgebiet weit verbreitet.

Beeinträchtigungen: „gering bis keine“ (A)

Konkrete Beeinträchtigungen sind derzeit nicht erkennbar.

➔ **Gesamterhaltungszustand der lokalen Populationen: mindestens „günstig“ (B)**

3.4 Kartografische Darstellung

Insbesondere kartografische Darstellung des Artvorkommens / der lokalen Population, der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten, essentiellen Teilhabitate sowie der Nahrungshabitate⁵.

Siehe Karte 4 der UVS

⁵ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

4. Prognose und Bewertung der Schädigung und / oder Störung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (bau-, anlage- und betriebsbedingt)

4.1 Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

- a) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört?** ☒ ja ☐ nein

Insgesamt gehen sieben Brutplätze von ungefährdeten Höhlenbrütern (Blaumeise 1; Kohlmeise 4; Sumpfmeise 1; Tannenmeise 1) verloren.

- b) **Werden Nahrungs- und/oder andere essentielle Teilhabitate so erheblich beschädigt oder zerstört, dass dadurch die Funktionsfähigkeit von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten vollständig entfällt?** ☐ ja ☒ nein

(vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 3. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)

Aufgrund der wenig spezifischen Habitatansprüche, sind die Nahrungsräume nicht essenziell.

- c) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten durch Störungen oder sonstige Vorhabenwirkungen so beeinträchtigt und damit beschädigt, dass diese nicht mehr nutzbar sind?** ☐ ja ☒ nein

(vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 2. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)

Die ungefährdeten Höhlenbrüter gelten als wenig störanfällig und haben zumeist eine geringe artspezifische Fluchtdistanz (10 m; GASSNER et al. 2010). Die Arten kommen teilweise auch in Siedlungen mit vergleichsweise hoher Störungsintensität vor. Es ist demnach nicht zu erwarten, dass die Nutzbarkeit von Fortpflanzungs- und Ruhestätten durch das Vorhaben eingeschränkt wird.

- d) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?** ☐ ja ☒ nein

Die Beseitigung mehrerer, von Höhlenbrütern genutzter Fortpflanzungs- und Ruhestätten ist unvermeidbar.

- e) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?** ☒ ja ☐ nein

(vgl. BVerwG, Ur. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

Das Vorhaben ist nach § 15 BNatSchG zulässig, weil vermeidbare Eingriffe in Natur und Landschaft unterbleiben und die nicht vermeidbaren Eingriffe vollständig kompensiert werden.

- f) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG)?** ☐ ja ☒ nein

Die ökologische Funktion wird im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen nicht gewahrt. Ein Ausweichen in unbeeinträchtigte Bereiche kann

nicht vorausgesetzt werden, da Höhlenbrüter auf vorhandene Nistmöglichkeiten (Höhlen, Nischen) zur Nestanlage angewiesen sind. Diese stehen nicht überall zur Verfügung bzw. sind durch konkurrierende Arten und Artgenossen besetzt.

- g) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG)?**

☒ ja ☐ nein

Zur Sicherung der ökologischen Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang wird folgende Ausgleichsmaßnahme durchgeführt:

- Anbringen von künstlichen Nisthilfen für höhlenbrütende Vogelarten (Maßnahme A4)

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: siehe LBP.

- h) **Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.**

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wird erfüllt:

☐ ja

☒ nein

4.2 Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

- a) **Werden Tiere gefangen, verletzt oder getötet?**

☒ ja ☐ nein

Durch die Gehölzfällungen im Baufeld kann nicht ausgeschlossen werden, dass Eier oder Jungvögel in den Nestern getötet oder verletzt werden. Adulte Tiere können auf dem Gefahrenbereich fliehen und sind nicht von einer Tötung oder Verletzung betroffen.

- b) **Kann das Vorhaben bzw. die Planung zu einer signifikanten Erhöhung des Verletzungs- oder Tötungsrisikos von Tieren führen?**

☐ ja ☒ nein

Im Zuge einer Überflutung, ist das Risiko der Verletzung oder Tötung einzelner immobiler Individuen gegeben. Dieses Ereignis führt jedoch nicht zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungsrisikos der ansässigen Population und kann durch Ersatz- und Zweitbruten ausgeglichen werden.

- c) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☒ ja ☐ nein

Baumfällung und Freischneiden von Bäumen und Sträuchern erfolgt außerhalb der Brutzeit von Vögeln.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: LBP Maßnahme V3.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird erfüllt:

☐ ja

☒ nein

4.3 Erhebliche Störung (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

- a) **Werden Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich gestört?**

☐ ja ☒ nein

Erhebliche Störungen der unempfindlichen Arten sind vorhabenbedingt nicht zu erwarten.

b) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☐ ja ☐ nein

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG wird erfüllt:

☐ ja

☒ nein

4.4 Entnahme von wildlebenden Pflanzen oder ihren Entwicklungsformen, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Standorte (§ 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG)

a) **Werden wild lebende Pflanzen entnommen oder ihre Standorte beschädigt oder zerstört?**

☐ ja ☒ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

b) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen; ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

c) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?**
(vgl. BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

☐ ja ☐ nein

Kurze Begründung, dass die Eingriffsregelung korrekt abgearbeitet worden ist, und Verweis auf die detaillierten Planunterlagen.

d) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 2 BNatSchG)?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Begründung.

e) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 3 BNatSchG)?**

☐ ja ☐ nein

Beschreibung der Maßnahmen, die zum Funktionserhalt der Art bzw. ihrer Standorte vorgesehen werden können, mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der ökologischen Wirkungsweise,
- dem räumlichen Zusammenhang,
- Beginn und Dauer der Maßnahmen (Umsetzungszeiträumen),
- der Prognose, wann die ökologische Funktion erreicht sein wird,
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

f) **Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.**

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG wird erfüllt:

- ☐ ja
☒ nein

4.5 Kartografische Darstellung

Kartografische Darstellung der in 4.1 - 4.4 aufgeführten Konflikte sowie der vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung und / oder zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahmen)⁶.

⁶ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

Vgl. Karte 8 der UVS

5. Ausnahmeverfahren

Wird im Falle der Erfüllung eines oder mehrerer Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG (vgl. Ziffern 4.1, 4.2, 4.3 und/oder 4.4) die Erteilung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG beantragt?

- ☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.
☐ ja - weiter mit Punkt 5.1 ff.

5.1 Ausnahmegründe (§ 45 Abs. 7 Satz 1 BNatSchG)

- ☐ zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG),
☐ zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG),
☐ für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 BNatSchG),
☐ im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG) oder
☐ aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BNatSchG).

Zu den betreffenden Ausnahmegründen vgl. die ausführliche Begründung in den detaillierten Planunterlagen: _____.

5.2 Zumutbare Alternativen (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG)

Existieren anderweitig zumutbare Alternativen (z.B. Standort- oder Ausführungsalternativen), die in Bezug auf die Art schonender sind?

- ☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.
☐ nein - weiter mit Pkt. 5.3.

Bei ja: Textliche Kurzbeschreibung dieser Lösungen.

Bei nein: Textliche Kurzbeschreibung, welche Alternativen mit welchen Ergebnissen geprüft wurden.

Die untersuchten Alternativlösungen sind in den detaillierten Planunterlagen _____ dargestellt.

5.3 Prüfung der Verschlechterung des Erhaltungszustands der Populationen der Art (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG; bei FFH-Anhang IV Arten i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)

a) Erhaltungszustand vor der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?

Art	Lokal betroffene Population <i>(Kurze Beschreibung des Erhaltungszustands der lokalen Population (Interpretation und Einordnung der Angaben unter Pkt. 3.3.); Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet <i>(Beschreibung des Erhaltungszustands der Populationen auf der übergeordneten Ebene (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>

b) Erhaltungszustand nach der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?

Art	Lokal betroffene Population <i>(Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet <i>(Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>

c) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Europäischen Vogelarten**

Liegt eine Verschlechterung des aktuellen (günstigen oder ungünstigen) Erhaltungszustands der Populationen einer europäischen Vogelart vor?

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

☐ **ja**

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der aktuelle Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen gewahrt werden?

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.**

☐ **ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

Darstellung der Maßnahmen zur Sicherung des aktuellen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,*
- der Wirkungsweise im Populationskontext,*
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),*
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,*
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement*
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).*

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

d) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Arten des Anhangs IV der FFH-RL (Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)**

aa) **Liegt eine Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustands der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL vor?**

☐ **nein** - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ **ja**

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der günstige Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen erhalten werden?

☐ **nein** - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ **ja** - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

Darstellung der Maßnahmen zur Herstellung des günstigen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der Wirkungsweise im Populationskontext,
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

bb) **Wird bei einem ungünstigen Erhaltungszustand der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL der Erhaltungszustand nicht weiter verschlechtert oder wird die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der Populationen nicht behindert?**

☐ **ja** - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ **nein** - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

6. Fazit

6.1 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen Vermeidungs- und CEF- Maßnahmen werden die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG

☒ **nicht erfüllt** - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.

☐ **erfüllt** - weiter mit Pkt. 6.2.

6.2 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen FCS-Maßnahmen

☐ **sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) nicht erfüllt** - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig.

☐ **sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) erfüllt** - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.

Formblatt zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung von Arten des Anhangs IV der FFH-RL und von Europäischen Vogelarten nach §§ 44 und 45 BNatSchG (saP)

Haselmaus

Stand: Mai 2012

 Zutreffendes bitte ausfüllen bzw. ankreuzen

Hinweise:

- Dieses Formblatt ersetzt nicht die erforderliche fachgutachterliche Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände und ggf. die Begründung der Ausnahmevoraussetzungen.
- Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung gilt nur für die Arten des Anhangs IV der FFH-RL, die Europäischen Vogelarten und die Verantwortungsarten. Die übrigen besonders geschützten Arten sind im Rahmen der Eingriffsregelung nach §§ 14 ff BNatSchG (vgl. § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG) bzw. in der Bauleitplanung nach § 18 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. BauGB abzuarbeiten.
- Mit diesem Formblatt wird das Vorhaben bzw. die Planung nur auf eine betroffene Art (bzw. Gilde bei Europäischen Vogelarten) geprüft. Sind mehrere europarechtlich geschützte Arten betroffen, sind jeweils gesonderte Formblätter vorzulegen. Eine Aussage, ob das Vorhaben bzw. die Planung insgesamt artenschutzrechtlich zulässig ist, kann nur im Rahmen der erforderlichen fachgutachterlichen Gesamtprüfung erfolgen.
- Auf die Ausfüllung einzelner Abschnitte des Formblatts kann verzichtet werden, wenn diese im konkreten Einzelfall nicht relevant sind (z.B. wenn eine Ausnahmeprüfung nach Ziffer 5 nicht erforderlich ist).

1. Vorhaben bzw. Planung

Aufgrund der bestehenden Hochwassergefahr plant die Gemeinde Ohlsbach (Ortenaukreis) als Vorhaben-trägerin oberhalb der Ortslage Ohlsbach, im Bereich Hinterohlsbach/Meisengrund, den Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens zur Erreichung eines 100-jährlichen Hochwasserschutzes

Für die saP relevante Planunterlagen:

- Artenschutzverträglichkeitsuntersuchung (AVU)
- UVP-Bericht
- Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP)

2. Schutz- und Gefährdungsstatus der betroffenen Art¹

☒ Art des Anhangs IV der FFH-RL

☐ Europäische Vogelart²

Gilde der baumbewohnenden Fledermausarten:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Rote Liste Status in Deutschland	Rote Liste Status in BaWü
Haselmaus	<i>Muscardinus avellanarius</i>	<input type="checkbox"/> 0 (erloschen oder verschollen) <input type="checkbox"/> 1 (vom Erlöschen bedroht) <input type="checkbox"/> 2 (stark gefährdet) <input type="checkbox"/> 3 (gefährdet) <input type="checkbox"/> R (Art geografischer Restriktion) <input type="checkbox"/> V (Vorwarnliste) <input checked="" type="checkbox"/> G (Gefährdung unbekannten Ausmaßes)*	<input type="checkbox"/> 0 (erloschen oder verschollen) <input type="checkbox"/> 1 (vom Erlöschen bedroht) <input type="checkbox"/> 2 (stark gefährdet) <input type="checkbox"/> 3 (gefährdet) <input type="checkbox"/> R (Art geografischer Restriktion) <input type="checkbox"/> V (Vorwarnliste) <input checked="" type="checkbox"/> G (Gefährdung unbekannten Ausmaßes)

¹ Es sind nur die Arten des Anhangs IV der FFH-RL und die Europäischen Vogelarten darzustellen, weil der Erlass einer Rechtsverordnung für die Verantwortungsarten gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG gegenwärtig noch aussteht.

² Einzeln zu behandeln sind nur die Vogelarten der Roten Listen. Die übrigen Vogelarten können zu Gilden zusammengefasst werden.

3. Charakterisierung der betroffenen Tierart³

3.1 Lebensraumsansprüche und Verhaltensweisen

Lebensraum: Wälder aller Art einschließlich Nadelbaum-Bestände, bevorzugt aber strauchreiche lichte Laubwälder sowie gehölz-/gestrüppgeprägte Sukzessionsstadien z.B. auf Windwurfflächen; ferner dichte Gehölzbestände im Offenland

Die kritische Mindestgröße für stabile Vorkommen liegt bei 20 ha.

Siedlungsdichte: Die Angaben reichen von 0,1-10 Exemplare / ha (JUSKAITIS 2008). Einzelne Angaben sind:

- 0,12 Exemplare / ha in Nordmähren (STORCH 1978)
- 7 Exemplare / ha in Schweden (BERG & BERG 1999)
- 5 – 8 Exemplare / ha in besonders günstigen Habitaten (BRIGHT & MORRIS 1996)

Mittlere Aktionsräume von Männchen bis rund 0,7 ha, für Weibchen bis rund 0,25 ha. Selten > 1 ha.

Aktionsradius: Wenige 100 m, meist < 100 m, ausgeprägte Ortstreue

Dispersionsverhalten: Den Familienverband verlassende Jungtiere wandern durchschnittlich 360 m weit ab. Einzelne Exemplare wandern bis über 3 km weit (vermutlich Ausnahmefälle). Wegen der hauptsächlich Fortbewegung auf Bäumen und Sträuchern bilden Offenland sowie Straßen und Wege ohne zusammenhängende Überschirmung durch Baumkronen trennende Strukturen.

Großflächiges gehölzarmes Offenland sowie Gewässer und Verkehrsstrecken ohne Überschirmung durch Baumkronen stellen Barrieren dar (Grünland wird überquert, dies kommt aber nur selten vor).

Aktivitätsperiode: Die Hauptaktivitätsphase der Haselmaus erstreckt sich von April bis Oktober. Von Oktober bis April hält sie Winterschlaf; entscheidender Faktor hierfür ist die Temperatur: das Einschlafen bzw. Erwachen erfolgt zwischen 0 und 9°C, im Mittel bei 3 bis 5°C.

Die Geschlechtsreife der Haselmaus tritt zumeist nach Beendigung des ersten Winterschlafs ein. Paarungen erfolgen über den gesamten Sommer. Die Tragzeit beträgt zwischen 22 und 24 Tagen, der Familienverbund löst sich nach weiteren 40 Tagen auf. Im Schnitt besteht ein Wurf aus drei bis fünf Jungtieren, ein Weibchen wirft während der Aktivitätszeit in der Regel zwei, manchmal auch drei Mal.

Fortpflanzungs- und Ruhestätten

Als Fortpflanzungsstätten sind nach RUNGE et al. (2010) die während der Fortpflanzungszeit von Weibchen genutzten Nester mit zugehörigem Revier von etwa 30 m Radius anzusehen. Ruhestätten sind alle genutzten Haselmausnester einschließlich der für ihre Funktionsfähigkeit essentiellen Umgebung mit einem Radius von rund 20 m. In der Praxis ist es nicht möglich, die Fortpflanzungsstätten auch nur annähernd vollständig aufzufinden. Damit ist es faktisch auch nicht möglich, durch Nestersuche ihre Anzahl festzustellen.

Die versteckt angelegten Winternester sind in der Praxis kaum nachweisbar; eine hierzu erforderliche intensive Nachsuche würde bei außerordentlich geringen Erfolgsaussichten ein hohes Risiko der unbeabsichtigten Zerstörung von Nestern und der Tötung überwinternder Haselmäuse bergen. Nach RUNGE et al. (2010) sind daher bezüglich der Winternester die für Haselmäuse besiedelbaren Bereiche in ihrer Gesamtheit als Ruhestätte zu werten. Die Anzahl der die Winternester nutzenden Individuen wird aus der Siedlungsdichte hergeleitet.

³ Angaben bei Pflanzen entsprechend anpassen.

⁴ Zum Beispiel: Grundlagenwerke BaWü, Zielartenkonzept BaWü (ZAK) oder Artensteckbriefe.

3.2 Verbreitung im Untersuchungsraum

☒ nachgewiesen ☐ potenziell möglich

Insgesamt wurden in 10 von 50 ausgebrachten Tubes Nachweise der Haselmaus erbracht (vgl. Abbildung in Kapitel 3.4).

Im Untersuchungsgebiet wurde die Haselmaus im östlichen Ahorn- (Tubes Nr. 8, 12 und 13) und Mischwald (Tubes Nr. 1, 2 und 5) nachgewiesen. In einer Baumgruppe im östlichen Randbereich des Untersuchungsgebietes wurde ebenfalls ein Nest aufgefunden (Tube Nr. 19). Des Weiteren konnte eine adulte Haselmaus im Bereich des Waldbestandes entlang des Ohlsbachs (Tube Nr. 29) nachgewiesen werden. Ein Nest wurde nicht angelegt. Zudem gab es zwei Nest-Nachweise an der nordwestlichen Talseite (Tube Nr. 45 und 47) in laubbaumdominierten Mischwäldern mit stellenweise strauchreichem Unterwuchs.

3.3 Abgrenzung und Bewertung des Erhaltungszustandes der lokalen Population

Pragmatisch kann das Vorkommen der Haselmaus im Untersuchungsgebiet mit dem Bereich der lokalen Population gleichgesetzt, wobei davon auszugehen ist, dass diese sich weit über die Grenzen des Untersuchungsgebiets hinaus fortsetzt.

Die Bewertung des Erhaltungszustandes der lokalen Population wird nach den Kriterien von PAN & ILÖK (2010) vorgenommen. Demnach wird der Erhaltungszustand der lokalen Populationen als „gut“ eingestuft.

Zustand der lokalen Population: „gut“ (B)

In den 50 ausgebrachten Tubes wurden 10 Haselmausnachweise erbracht. Da eine Haselmaus im Laufe des Aktivitätszeitraumes mehrere Nester anlegen kann und die gefundenen Nester tlw. eine enge räumliche Nähe aufwiesen wird nicht davon ausgegangen, dass jedes Nest von einem anderen Individuum gebaut wurde. Demnach wird das Kriterium als gut (4-10 Nester) eingestuft.

Habitatqualität: „gut“ (B)

Größe: unzerschnittener Waldgebiete und angrenzender Gehölzstrukturen: Das Areal der lokalen Population zeichnet sich durch umfangreiche unzerschnittene Waldgebiete aus, teils mit großer Ausdehnung (Forstwege, die vollständig oder auf weiten Strecken von Bäumen überschirmt werden, werden nicht als Zerschneidung eingestuft). Der Parameter ist als „hervorragend“ einzustufen.

Deckungswert der Strauchschicht: Das Areal der lokalen Population zeichnet sich durch die an den geplanten Beckenstandort angrenzende Waldbestände mit strauchartiger Vegetation aus. Die durchforsteten Bestände weisen z.T. eine dichte Strauchschicht auf. Das Kriterium ist insgesamt als „gut“ einzustufen.

Angebot an Höhlenbäumen: Höhlenbäume sind im Untersuchungsgebiet nur vergleichsweise wenige vorhanden. Das Kriterium wird mit „mittel bis schlecht“ bewertet.

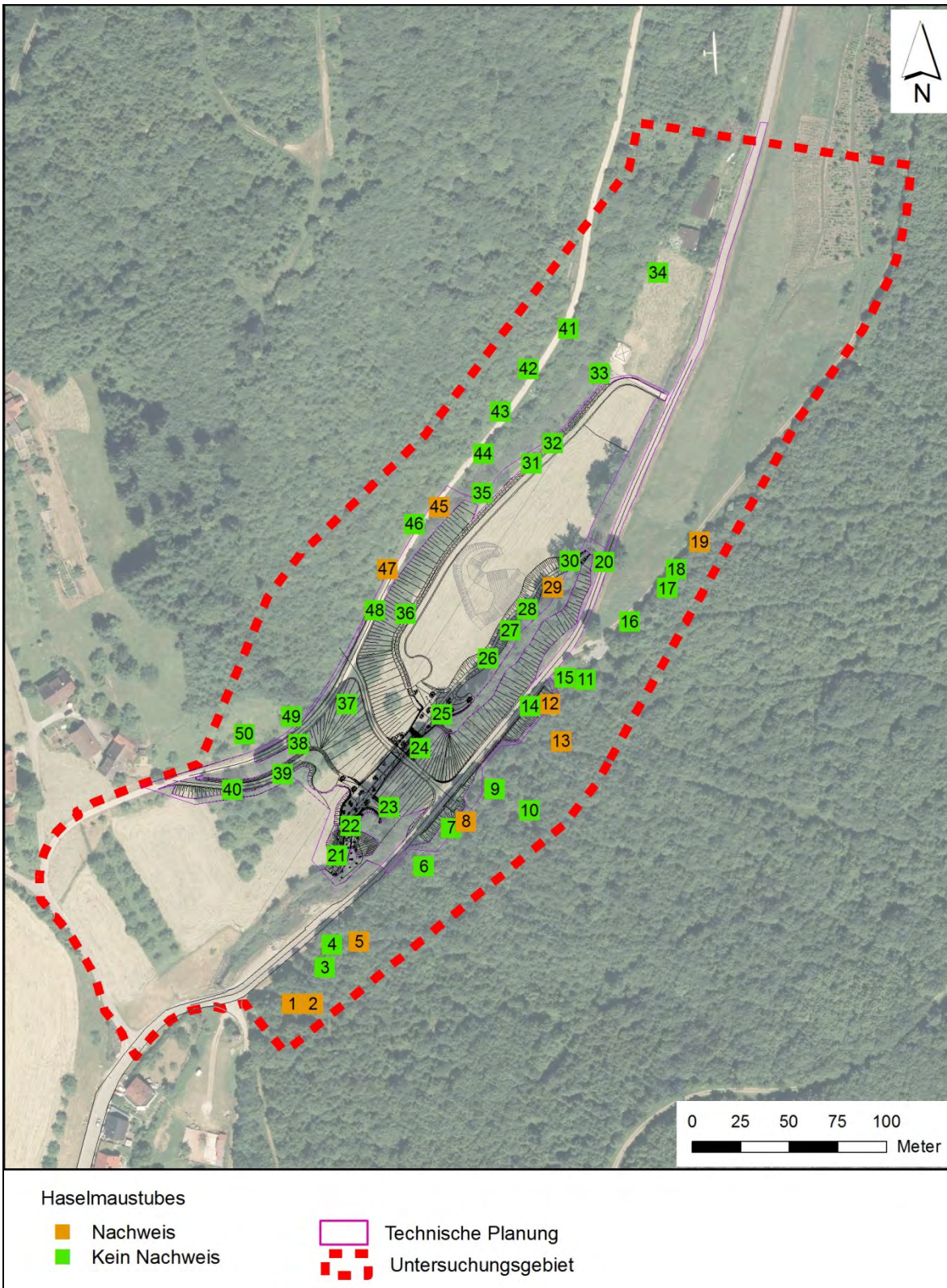
Anteil von Nektar, Pollen und fettreichen Samen produzierenden Gehölzen: In den angrenzenden Waldflächen sind z.B. Trauben-Holunder, Haselnuss, Brombeeren und Himbeeren verbreitet. Das Kriterium wird als „gut“ eingestuft.

Beeinträchtigungen: „mittel“

Forstliche Maßnahmen: Forstliche Maßnahmen werden regelmäßig in den Wäldern vorgenommen. Sie stellen zwar eine Beeinträchtigung dar, sorgen jedoch auch dafür, dass besonders günstige Lebensräume für die Haselmaus entstehen. Daher wird das Kriterium als „mittel“ beurteilt.

Zersiedlung/Zerschneidung der Lebensräume: Zwar wird das Areal der lokalen Population von einer Straße und Forstwegen durchquert, die eine gewisse Trennwirkung ausüben. Sie stellen aber keine unüberwindbaren Barrieren dar, da zumindest an einigen Stellen eine vollständige Überschirmung durch Bäume besteht. Daher wird das Kriterium als „mittel“ beurteilt.

3.4 Kartografische Darstellung



⁵ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

4. Prognose und Bewertung der Schädigung und / oder Störung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (bau-, anlage- und betriebsbedingt)

4.1 Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

- a) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört?** ☒ ja ☐ nein
- Die zum Bau des Hochwasserrückhaltebeckens erforderlichen Gehölzrodungen führen zum dauerhaften Lebensraumverlust und somit zur Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten in einem Umfang von insgesamt rd. 0,6 ha dauerhaft und rd. 0,2 ha zeitlich befristet.
- Die versteckt angelegten Winterester sind in der Praxis nicht nachweisbar; eine hierzu erforderliche intensive Nachsuche würde bei außerordentlich geringen Erfolgsaussichten ein hohes Risiko der unbeabsichtigten Zerstörung von Nestern und der Tötung überwinternder Haselmäuse bergen. Daher werden gemäß der Empfehlung des BfN (RUNGE et al. 2010) die für Haselmäuse besiedelbaren Bereiche in ihrer Gesamtheit als Ruhestätte gewertet
- b) **Werden Nahrungs- und/oder andere essentielle Teilhabitate so erheblich beschädigt oder zerstört, dass dadurch die Funktionsfähigkeit von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten vollständig entfällt?** ☐ ja ☒ nein
- (vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 3. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)
- c) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten durch Störungen oder sonstige Vorhabenwirkungen so beeinträchtigt und damit beschädigt, dass diese nicht mehr nutzbar sind?** ☐ ja ☒ nein
- (vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 2. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)
- Die Bauarbeiten finden am Tage statt. Somit sind baubedingte Störungen (Schallimmission), die die nachtaktive Haselmaus beeinträchtigen könnten, so dass Einschränkungen des Jagderfolgs und arteigene Kommunikation gestört werden, nicht zu erwarten.
- d) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?** ☐ ja ☒ nein
- Die Entfernung von Gehölzen ist unvermeidbar.
- e) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?** ☒ ja ☐ nein
- (vgl. BVerwG, Ur. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)
- Das Vorhaben ist nach § 15 BNatSchG zulässig, weil vermeidbare Eingriffe in Natur und Landschaft unterbleiben und die nicht vermeidbaren Eingriffe vollständig kompensiert werden (vgl. LBP).
- f) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG)?** ☐ ja ☒ nein
- Durch den möglichen Verlust von Tagesquartieren bleibt die ökologische Funktion ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen nicht gewahrt.
- g) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG)?** ☒ ja ☐ nein
- Zur Sicherung der ökologischen Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätte im räumlichen Zusammenhang wird folgende Ausgleichsmaßnahme durchgeführt:
- Anbringung von Haselmauskästen (Maßnahme A5)
- Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: vgl. LBP.
- h) **Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.**

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wird erfüllt:

- ☐ ja
☒ nein

4.2 Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

- a) **Werden Tiere gefangen, verletzt oder getötet?** ☐ ja ☒ nein

Durch die Rodungsarbeiten können Haselmäuse in ihren Nestern getötet werden. Da die Haselmaus ganzjährig in ihrem Lebensraum verbleibt, ist auch ganzjährig ohne Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen mit der Verletzung und Tötung bei der Baufeldfreimachung zu rechnen

- b) **Kann das Vorhaben bzw. die Planung zu einer signifikanten Erhöhung des Verletzungs- oder Tötungsrisikos von Tieren führen?** ☐ ja ☒ nein

Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos von Haselmäusen infolge der Flutungen tritt nicht ein. Zwar ist nicht auszuschließen, dass einzelne Haselmäuse vor allem während der Winterruhe bei einem Einstau ertrinken, jedoch entspricht dies dem natürlichen Lebensrisiko.

- c) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?** ☒ ja ☐ nein

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: vgl. LBP Maßnahme V4.

Besondere Berücksichtigung der Haselmaus bei der Baufeldräumung (Maßnahme V4):

Um Individuenverluste von Haselmäusen zu vermeiden, werden bei der Freistellung des Baufelds folgende Vorgaben berücksichtigt:

- schonendes Fällen der Gehölzbestände (Fällarbeiten manuell, ohne den Einsatz von Harvestern, Rückemaschinen oder sonstigen schweren Maschinen) bzw. Abschneiden der Strauchvegetation sowie vorsichtiges Abräumen der gefälltten Bäume resp. des Schnittguts im Winterhalbjahr (ca. Ende Oktober bis - wegen der Vögel - Ende Februar).
- kein flächiges Befahren der Flächen mit schweren Maschinen, sondern Entfernen des Stamm- und Astmaterials mit der Seilwinde; je nach örtlichen Gegebenheiten werden vorab Rückelinien bestimmt.
- Rodung/Bodenabtrag ab Mitte Mai, die Haselmäuse sind nach dem Erwachen abgewandert und zu diesem Zeitpunkt nicht mehr auf den für sie unattraktiven Flächen.

Ziel der genannten Maßnahmen ist es - neben der Vermeidung der Verletzung oder Tötung von Haselmäusen - die Fläche für Haselmäuse während deren Winterruhe unattraktiv zu machen, so dass die Tiere nach dem Erwachen in geeignete benachbarte Lebensräume abwandern.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird erfüllt:

- ☐ ja
☒ nein

4.3 Erhebliche Störung (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

- a) **Werden Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich gestört?** ☐ ja ☒ nein

Gegenüber Schallimmissionen und Bewegungsunruhe keine weiteren artspezifischen Empfindlichkeiten anzunehmen.

- b) Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?

☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der (ggf. vorgezogen durchzuführenden) Vermeidungsmaßnahmen, Angaben zur Wirksamkeit (Zeitpunkt, Plausibilität, etc.) und ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG wird erfüllt:

☐ ja

☒ nein

4.4 Entnahme von wildlebenden Pflanzen oder ihren Entwicklungsformen, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Standorte (§ 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG)

- a) Werden wild lebende Pflanzen entnommen oder ihre Standorte beschädigt oder zerstört?

☐ ja ☒ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von Beeinträchtigungen.

- b) Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?

☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen; ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- c) Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?
(vgl. BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

☐ ja ☐ nein

Kurze Begründung, dass die Eingriffsregelung korrekt abgearbeitet worden ist, und Verweis auf die detaillierten Planunterlagen.

- d) Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 2 BNatSchG)?

☐ ja ☐ nein

Kurze Begründung.

- e) Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 3 BNatSchG)?

☐ ja ☐ nein

Beschreibung der Maßnahmen, die zum Funktionserhalt der Art bzw. ihrer Standorte vorgesehen werden können, mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,*
- der ökologischen Wirkungsweise,*
- dem räumlichen Zusammenhang,*
- Beginn und Dauer der Maßnahmen (Umsetzungszeitrahmen),*
- der Prognose, wann die ökologische Funktion erreicht sein wird,*
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,*
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement*
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).*

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- f) **Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann:
Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.**

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG wird erfüllt:

- ☐ ja
☒ nein

4.5 Kartografische Darstellung

Kartografische Darstellung der in 4.1 - 4.4 aufgeführten Konflikte sowie der vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung und / oder zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahmen)⁶.

Vgl. Karte 8 der UVS

⁶ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

5. Ausnahmeverfahren

Wird im Falle der Erfüllung eines oder mehrerer Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG (vgl. Ziffern 4.1, 4.2, 4.3 und/oder 4.4) die Erteilung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG beantragt?

- ☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.
☐ ja - weiter mit Punkt 5.1 ff.

5.1 Ausnahmegründe (§ 45 Abs. 7 Satz 1 BNatSchG)

- ☐ zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG),
☐ zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG),
☐ für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 BNatSchG),
☐ im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG) oder
☐ aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BNatSchG).

Zu den betreffenden Ausnahmegründen vgl. die ausführliche Begründung in den detaillierten Planunterlagen: _____.

5.2 Zumutbare Alternativen (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG)

Existieren anderweitig zumutbare Alternativen (z.B. Standort- oder Ausführungsalternativen), die in Bezug auf die Art schonender sind?

- ☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ **nein - weiter mit Pkt. 5.3.**

Bei ja: Textliche Kurzbeschreibung dieser Lösungen.

Bei nein: Textliche Kurzbeschreibung, welche Alternativen mit welchen Ergebnissen geprüft wurden.

Die untersuchten Alternativlösungen sind in den detaillierten Planunterlagen _____ dargestellt.

5.3 Prüfung der Verschlechterung des Erhaltungszustands der Populationen der Art (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG; bei FFH-Anhang IV Arten i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)

a) Erhaltungszustand vor der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?

Art	Lokal betroffene Population <i>(Kurze Beschreibung des Erhaltungszustands der lokalen Population (Interpretation und Einordnung der Angaben unter Pkt. 3.3.); Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet <i>(Beschreibung des Erhaltungszustands der Populationen auf der übergeordneten Ebene (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>

b) Erhaltungszustand nach der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?

Art	Lokal betroffene Population <i>(Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet <i>(Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)</i>

c) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Europäischen Vogelarten**

Liegt eine Verschlechterung des aktuellen (günstigen oder ungünstigen) Erhaltungszustands der Populationen einer europäischen Vogelart vor?

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

☐ **ja**

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der aktuelle Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen gewahrt werden?

☐ **nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.**

☐ **ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.**

Darstellung der Maßnahmen zur Sicherung des aktuellen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,*
- der Wirkungsweise im Populationskontext,*
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),*
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,*
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement*
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).*

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

d) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Arten des Anhangs IV der FFH-RL (Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)**

aa) **Liegt eine Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustands der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL vor?**

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ ja

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der günstige Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen erhalten werden?

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

Darstellung der Maßnahmen zur Herstellung des günstigen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der Wirkungsweise im Populationskontext,
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

bb) **Wird bei einem ungünstigen Erhaltungszustand der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL der Erhaltungszustand nicht weiter verschlechtert oder wird die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der Populationen nicht behindert?**

☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

6. Fazit

6.1 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen Vermeidungs- und CEF- Maßnahmen werden die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG

☒ nicht erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.

☐ erfüllt - weiter mit Pkt. 6.2.

6.2 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen FCS-Maßnahmen

☐ sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) nicht erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig.

☐ sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.

Formblatt zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung von Arten des Anhangs IV der FFH-RL und von Europäischen Vogelarten nach §§ 44 und 45 BNatSchG (saP)

Gilde baumbewohnender Fledermausarten

Stand: Mai 2012

 Zutreffendes bitte ausfüllen bzw. ankreuzen

Hinweise:

- Dieses Formblatt ersetzt nicht die erforderliche fachgutachterliche Prüfung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände und ggf. die Begründung der Ausnahmevoraussetzungen.
- Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung gilt nur für die Arten des Anhangs IV der FFH-RL, die Europäischen Vogelarten und die Verantwortungsarten. Die übrigen besonders geschützten Arten sind im Rahmen der Eingriffsregelung nach §§ 14 ff BNatSchG (vgl. § 44 Abs. 5 Satz 5 BNatSchG) bzw. in der Bauleitplanung nach § 18 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. BauGB abzuarbeiten.
- Mit diesem Formblatt wird das Vorhaben bzw. die Planung nur auf eine betroffene Art (bzw. Gilde bei Europäischen Vogelarten) geprüft. Sind mehrere europarechtlich geschützte Arten betroffen, sind jeweils gesonderte Formblätter vorzulegen. Eine Aussage, ob das Vorhaben bzw. die Planung insgesamt artenschutzrechtlich zulässig ist, kann nur im Rahmen der erforderlichen fachgutachterlichen Gesamtprüfung erfolgen.
- Auf die Ausfüllung einzelner Abschnitte des Formblatts kann verzichtet werden, wenn diese im konkreten Einzelfall nicht relevant sind (z.B. wenn eine Ausnahmeprüfung nach Ziffer 5 nicht erforderlich ist).

1. Vorhaben bzw. Planung

Aufgrund der bestehenden Hochwassergefahr plant die Gemeinde Ohlsbach (Ortenaukreis) als Vorhaben-trägerin oberhalb der Ortslage Ohlsbach, im Bereich Hinterohlsbach/Meisengrund, den Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens zur Erreichung eines 100-jährlichen Hochwasserschutzes

Für die saP relevante Planunterlagen:

- Artenschutzverträglichkeitsuntersuchung (AVU)
- UVP-Bericht
- Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP)

2. Schutz- und Gefährdungsstatus der betroffenen Art¹

☒ Art des Anhangs IV der FFH-RL

☐ Europäische Vogelart²

Gilde der baumbewohnenden Fledermausarten:

Deutscher Name	Wissenschaftlicher Name	Rote Liste Status in Deutschland	Rote Liste Status in BaWü
Zwergfledermaus	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	*	3
Wasserfledermaus	<i>Myotis daubentonii</i>	*	3
Brandtfledermaus	<i>Myotis brandtii</i>	V	1
Kleine Bartfledermaus	<i>Myotis mystacinus</i>	V	3
Bechsteinfledermaus	<i>Myotis bechsteinii</i>	2	2

¹ Es sind nur die Arten des Anhangs IV der FFH-RL und die Europäischen Vogelarten darzustellen, weil der Erlass einer Rechtsverordnung für die Verantwortungsarten gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG gegenwärtig noch aussteht.

² Einzeln zu behandeln sind nur die Vogelarten der Roten Listen. Die übrigen Vogelarten können zu Gilden zusammengefasst werden.

3. Charakterisierung der betroffenen Tierart³

3.1 Lebensraumsansprüche und Verhaltensweisen

Die Baumbewohnenden Fledermausarten nutzen u.a. Bäume als Quartiere. Von einigen Arten (Großer Abendsegler, Kleiner Abendsegler, Brandfledermaus, Wasserfledermaus) werden Baumhöhlen auch als Fortpflanzungsstätte genutzt. Hecken und Waldränder können als Leitstruktur genutzt werden und Wälder dienen meist als Nahrungshabitat. Als Winterquartier hat der Wirkungsbereich keine Relevanz (Vergleiche DIETZ & KIEFER 2014, FLEDERMÄUSE EUROPAS).

Neben den Auswirkungen des Quartierverlusts in Folge der Baumfällungen, sind keine weiteren artspezifischen Empfindlichkeiten gegenüber dem Vorhaben anzunehmen.

Gegenüber Schallimmissionen sind leise rufende Arten empfindlich.

³ Angaben bei Pflanzen entsprechend anpassen.

⁴ Zum Beispiel: Grundlagenwerke BaWü, Zielartenkonzept BaWü (ZAK) oder Artensteckbriefe.

3.2 Verbreitung im Untersuchungsraum

☒ nachgewiesen ☒ potenziell möglich

Bei den Erfassungen wurden die Zwergfledermaus sowie das akustisch nicht zu trennende Artpaar Kleine Bartfledermaus/Brandfledermaus im Untersuchungsraum sicher nachgewiesen. Außerdem gab es akustische Hinweise auf die Bechstein- und die Wasserfledermaus, eindeutige Rufe fehlen aber (vgl. UVP-Bericht IUS 2019).

Das gesamte Untersuchungsgebiet dient den Fledermäusen als Nahrungshabitat. Die an den Beckenstandort angrenzenden bewaldeten Flächen bieten zusätzlich ein Quartierpotential. Tatsächliche Quartiere konnten jedoch nicht nachgewiesen werden.

Einige Rufe der *Myotis*-Gruppe „mkm“ (*Myotis* klein mittel) konnte nicht auf Artniveau bestimmt werden. Neben dem Artpaar Kleine Bartfledermaus/Brandfledermaus, schließt die Gruppe die Bechstein- und die Wasserfledermaus mit ein. Diese Arten können aufgrund ihrer Verbreitung (LUBW 2013) potentiell im Gebiet vorkommen.

Potentiell vorkommende Arten:

- Wasserfledermaus
- Bechsteinfledermaus

Alle nachgewiesenen und potentiell vorkommenden Arten nutzen die Wirkungsfläche wahrscheinlich hauptsächlich als Flugroute oder als Nahrungsraum.

3.3 Abgrenzung und Bewertung des Erhaltungszustandes der lokalen Population

Grundsätzlich kann die Fledermausaktivität im Untersuchungsgebiet als mäßig eingeschätzt werden, wobei diese Einschätzung maßgeblich auf den Jagdaktivitäten der Zwergfledermaus beruht. Leise rufende und überwiegend im Bestand jagende Arten sind aufgrund ungleicher Erfassungswahrscheinlichkeiten in den akustischen Aufnahmen und Sichtbeobachtungen vermutlich unterrepräsentiert.

Wochenstuben im geplanten Rückhaltebecken sind nicht wahrscheinlich, einzig kleinere Einzelquartiere sind zu vermuten. Die angrenzenden Wälder bieten jedoch ausreichend Quartiermöglichkeiten für baumbewohnende Fledermausarten. Gebäudebewohnende Fledermausarten können in den angrenzenden landwirtschaftlichen Betrieben, in Ohlsbach und Hinterohlsbach Quartiere finden.

Pragmatisch wird das Untersuchungsgebiet mit dem Bereich der jeweiligen lokalen Populationen gleichgesetzt, wobei davon auszugehen ist, dass diese sich weit über die Grenzen des Untersuchungsgebiets hinaus fortsetzen.

Zustand der lokalen Populationen: unbekannt

Nach den Kriterien von PAN & ILÖK (2010) ist die Einstufung der Zustände der lokalen Populationen nicht möglich, da diese u. a. auf die nicht bekannten Wochenstubenkolonien und -quartiere Bezug nimmt.

Habitatqualität: „mittel bis schlecht“ (C)

Das Untersuchungsgebiet bietet Fledermäusen Jagdhabitate, da ein Großteil der Fledermausarten in Wäldern oder am Waldrand jagt. Teilweise orientieren sich bei der Jagd an den Gehölzen am Ohlsbach.

Quartierpotential besteht in den Wäldern, insbesondere auch im Bereich der uferbegleitenden Gehölze am Ohlsbach sowie in den Obstwiesen mit älteren Baumbeständen.

Gebäude in Ohlsbach und Hinterohlsbach, vor allem wenn sie landwirtschaftlich genutzt werden, bieten gebäudebewohnenden Fledermausarten Quartiermöglichkeiten.

Beeinträchtigungen: „keine bis gering“ (A)

Derzeit sind keine Beeinträchtigungen zu erkennen

→ **Der Gesamterhaltungszustand der Populationen ist: nicht bewertbar**

3.4 Kartografische Darstellung

Siehe Karten 3 der UVS

⁵ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

4. Prognose und Bewertung der Schädigung und / oder Störung nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (bau-, anlage- und betriebsbedingt)

4.1 Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

- a) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen, beschädigt oder zerstört?**

☒ ja ☐ nein

Die zur Erbauung des Hochwasserrückhaltebeckens und Verlegung des Ohlsbachs erforderlichen Gehölzrodungen führen zum potentiellen Verlust von Quartieren und somit zur Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten. Eine tatsächliche Nutzung konnte im Rahmen der Erfassungen jedoch nicht festgestellt werden.

- b) **Werden Nahrungs- und/oder andere essentielle Teilhabitate so erheblich beschädigt oder zerstört, dass dadurch die Funktionsfähigkeit von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten vollständig entfällt?**

☐ ja ☒ nein

(vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 3. der Hinweise zu den zentralen un-

bestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)

Durch die Baufeldräumung werden keine essenziellen Nahrungshabitate erheblich beschädigt oder zerstört.

- c) **Werden Fortpflanzungs- oder Ruhestätten durch Störungen oder sonstige Vorhabenwirkungen so beeinträchtigt und damit beschädigt, dass diese nicht mehr nutzbar sind?**

☐ ja ☒ nein

(vgl. LANA stA "Arten- und Biotopschutz": Ziffer I. 2. der Hinweise zu den zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes, 2009)

Diese Auswirkung tritt nicht ein.

- d) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☐ ja ☒ nein

Die Entfernung von Gehölzen ist unvermeidbar.

- e) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?**

☒ ja ☐ nein

(vgl. BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

Das Vorhaben ist nach § 15 BNatSchG zulässig, weil vermeidbare Eingriffe in Natur und Landschaft unterbleiben und die nicht vermeidbaren Eingriffe vollständig kompensiert werden (vgl. LBP).

- f) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG)?**

☐ ja ☒ nein

Durch den möglichen Verlust von Tagesquartieren bleibt die ökologische Funktion ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen nicht gewahrt.

- g) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 3 BNatSchG)?**

☒ ja ☐ nein

Zur Sicherung der ökologischen Funktion der betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang wird folgende Ausgleichsmaßnahme durchgeführt:

- Anbringung von zehn Fledermauskästen (Maßnahme A3)

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: vgl. LBP.

- h) **Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.**

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG wird erfüllt:

☐ ja

☒ nein

4.2 Fang, Verletzung oder Tötung von Tieren (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

- a) **Werden Tiere gefangen, verletzt oder getötet?**

☐ ja ☒ nein

Wegen des geringen Baumholzes und der fehlenden Nachweise sind Wochenstuben oder Winterquartiere in der Baufläche nicht zu erwarten. Da adulte Tiere während der Fällarbeiten fliehen können, ist eine Schädigung der Tiere nicht zu erwarten.

- b) **Kann das Vorhaben bzw. die Planung zu einer signifikanten Erhöhung des Verletzungs- oder Tötungsrisikos von Tieren führen?**

☐ ja ☒ nein

Eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos von Fledermäusen infolge der Flutungen tritt nicht ein. Zwar ist nicht auszuschließen, dass einzelne Fledermäuse bei einem Einstau in Baumhöhlen ertrinken, jedoch entspricht dies dem natürlichen Lebensrisiko der auch auenbewohnenden Arten.

- c) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☒ ja ☐ nein

Baumfällung und Freischneiden von Bäumen und Sträuchern erfolgt zwischen 1. Oktober und 28. Februar (außerhalb der Wochenstubenzeit).

Da die Bäume aufgrund ihres geringen Durchmessers keine Funktion als Winterquartier erfüllen, ist die Nutzung der Bäume durch Fledermäuse sowie eine eventuell mit der Fällung einhergehende Tötung von Tieren, zum erlaubten Zeitpunkt der Fällarbeiten nicht zu erwarten.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: vgl. LBP Maßnahme V3.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird erfüllt:

☐ ja

☒ nein

4.3 Erhebliche Störung (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

- a) **Werden Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich gestört?**

☐ ja ☒ nein

diese Auswirkung tritt nicht ein

- b) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der (ggf. vorgezogen durchzuführenden) Vermeidungsmaßnahmen, Angaben zur Wirksamkeit (Zeitpunkt, Plausibilität, etc.) und ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG wird erfüllt:

☐ ja

☒ nein

4.4 Entnahme von wildlebenden Pflanzen oder ihren Entwicklungsformen, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Standorte (§ 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG)

- a) **Werden wild lebende Pflanzen entnommen oder ihre Standorte beschädigt oder zerstört?**

☐ ja ☒ nein

Kurze Darstellung des Konflikts mit Benennung der wesentlichen, vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen sowie Darstellung und ggf. Quantifizierung von

Beeinträchtigungen.

- b) **Sind Vermeidungsmaßnahmen möglich?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Beschreibung der Vermeidungsmaßnahmen; ggf. Angabe der verbleibenden Beeinträchtigungen bei nur teilweise möglicher Vermeidung.

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- c) **Handelt es sich um ein/e nach § 15 BNatSchG oder § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG zulässige/s Vorhaben bzw. Planung (§ 44 Abs. 5 Satz 1 BNatSchG)?**
(vgl. BVerwG, Urt. vom 14.07.2011 - 9 A 12.10 - Rz.117 und 118)

☐ ja ☐ nein

Kurze Begründung, dass die Eingriffsregelung korrekt abgearbeitet worden ist, und Verweis auf die detaillierten Planunterlagen.

- d) **Wird die ökologische Funktion im räumlichen Zusammenhang ohne vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen gewahrt (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 2 BNatSchG)?**

☐ ja ☐ nein

Kurze Begründung.

- e) **Kann die ökologische Funktion durch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF) gewährleistet werden (§ 44 Abs. 5 Satz 4 i.V.m. Satz 3 BNatSchG)?**

☐ ja ☐ nein

Beschreibung der Maßnahmen, die zum Funktionserhalt der Art bzw. ihrer Standorte vorgesehen werden können, mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der ökologischen Wirkungsweise,
- dem räumlichen Zusammenhang,
- Beginn und Dauer der Maßnahmen (Umsetzungszeiträumen),
- der Prognose, wann die ökologische Funktion erreicht sein wird,
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

- f) **Falls kein oder kein vollständiger Funktionserhalt gewährleistet werden kann: Beschreibung der verbleibenden Beeinträchtigung/en.**

Der Verbotstatbestand § 44 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG wird erfüllt:

☐ ja

☒ nein

4.5 Kartografische Darstellung

Kartografische Darstellung der in 4.1 - 4.4 aufgeführten Konflikte sowie der vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung und / oder zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahmen)⁶.

Vgl. Karte 8 der UVS

⁶ Die unter Punkt 3.4 und 4.5 erwähnten kartografischen Darstellungen können in einer gemeinsamen Karte erfolgen.

5. Ausnahmeverfahren

Wird im Falle der Erfüllung eines oder mehrerer Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG (vgl. Ziffern 4.1, 4.2, 4.3 und/oder 4.4) die Erteilung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG beantragt?

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ ja - weiter mit Punkt 5.1 ff.

5.1 Ausnahmegründe (§ 45 Abs. 7 Satz 1 BNatSchG)

- ☐ zur Abwendung erheblicher land-, forst-, fischerei-, wasser- oder sonstiger erheblicher wirtschaftlicher Schäden (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 BNatSchG),
- ☐ zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG),
- ☐ für Zwecke der Forschung, Lehre, Bildung oder Wiederansiedlung oder diesen Zwecken dienende Maßnahmen der Aufzucht oder künstlichen Vermehrung (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 3 BNatSchG),
- ☐ im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Verteidigung und des Schutzes der Zivilbevölkerung oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG) oder
- ☐ aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art (§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 5 BNatSchG).

Zu den betreffenden Ausnahmegründen vgl. die ausführliche Begründung in den detaillierten Planunterlagen: _____.

5.2 Zumutbare Alternativen (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG)

Existieren anderweitig zumutbare Alternativen (z.B. Standort- oder Ausführungsalternativen), die in Bezug auf die Art schonender sind?

☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ nein - weiter mit Pkt. 5.3.

Bei ja: Textliche Kurzbeschreibung dieser Lösungen.

Bei nein: Textliche Kurzbeschreibung, welche Alternativen mit welchen Ergebnissen geprüft wurden.

Die untersuchten Alternativlösungen sind in den detaillierten Planunterlagen _____ dargestellt.

5.3 Prüfung der Verschlechterung des Erhaltungszustands der Populationen der Art (§ 45 Abs. 7 Satz 2 BNatSchG; bei FFH-Anhang IV Arten i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)

a) Erhaltungszustand vor der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?

Art	Lokal betroffene Population (Kurze Beschreibung des Erhaltungszustands der lokalen Population (Interpretation und Einordnung der Angaben unter Pkt. 3.3.); Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet (Beschreibung des Erhaltungszustands der Populationen auf der übergeordneten Ebene (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)

--	--	--

b) **Erhaltungszustand nach der Realisierung des Vorhabens bzw. der Planung?**

Art	Lokal betroffene Population (Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)	Populationen im natürlichen Verbreitungsgebiet (Textliche Prognose und Wirkung; Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____)

c) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Europäischen Vogelarten**

Liegt eine Verschlechterung des aktuellen (günstigen oder ungünstigen) Erhaltungszustands der Populationen einer europäischen Vogelart vor?

☐ **nein** - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ **ja**

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der aktuelle Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen gewahrt werden?

☐ **nein** - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ **ja** - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

Darstellung der Maßnahmen zur Sicherung des aktuellen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der Wirkungsweise im Populationskontext,
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

d) **Bewertung einer Verschlechterung des Erhaltungszustands von Arten des Anhangs IV der FFH-RL (Art. 16 Abs. 1 FFH-RL)**

aa) **Liegt eine Verschlechterung des günstigen Erhaltungszustands der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL vor?**

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ ja

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

Wenn ja: Kann der günstige Erhaltungszustand der Populationen durch FCS-Maßnahmen erhalten werden?

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

Darstellung der Maßnahmen zur Herstellung des günstigen Erhaltungszustands (FCS-Maßnahmen) auf lokaler Ebene bzw. im natürlichen Verbreitungsgebiet (auf Landes- oder übergeordneter Populationsebene) mit Angaben zu:

- Art und Umfang der Maßnahmen,
- der Wirkungsweise im Populationskontext,
- Zeitpunkt und Zuverlässigkeit des Erfolgseintritts (Referenzen oder Quellen),
- der Dauer von evtl. Unterhaltungsmaßnahmen,
- der Festlegung von Funktionskontrollen (Monitoring) und zum Risikomanagement
- der rechtlichen Sicherung der Maßnahmenflächen (tatsächliche und rechtliche Verfügbarkeit).

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

bb) **Wird bei einem ungünstigen Erhaltungszustand der Populationen einer Art des Anhangs IV der FFH-RL der Erhaltungszustand nicht weiter verschlechtert oder wird die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands der Populationen nicht behindert?**

☐ ja - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig, Prüfung endet hiermit.

☐ nein - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig, Prüfung endet hiermit.

Kurze Begründung:

Verweis auf die detaillierten Planunterlagen: _____.

6. Fazit

6.1 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen Vermeidungs- und CEF- Maßnahmen werden die Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG

☒ nicht erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.

☐ erfüllt - weiter mit Pkt. 6.2.

6.2 Unter Berücksichtigung der Wirkungsprognose und/oder der vorgesehenen FCS-Maßnahmen

☐ sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) nicht erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist unzulässig.

☐ sind die Voraussetzungen gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. i.V.m. Art. 16 Abs. 1 FFH-RL) erfüllt - Vorhaben bzw. Planung ist zulässig.